

Roter Osten

Tageszeitung der RPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostjachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich bei Hause 2 RM. (halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Aufstellungsgebühr) Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-ll. / Reichsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 210 / Postleitzahl: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-ll. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 239 / Postleitzahl: 17 239 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Ungelegenheitspreis: Die neuromal geplante Komparese ist oder deren Raum 0,30 RM. für Sammlerpreis 0,20 RM. für die Reklamezeile anliegend an den dreifachen Teil einer Zeile 1,50 RM. Abreise-Uhrzeit wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-ll. Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Süßland befindet sich kein Aufbruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückhaltung des Beauftragten

3. Jahrgang

Dresden, Dienstag, den 20. Dezember 1927

Nummer 295

Diktatur — Forderung der Schwerindustrie

Der zweite Vorschlag der Industriellen / Abbau der Besitzsteuern / Erhöhung der Massensteuern
Ein neuer Angriff auf Länder und Kommunen / Beamtenabbau durch die Bürgerblockregierung

Greifkantwort im Ruhrkampf!

Nach dem ersten Vorschlag, dem Angriff auf die Hüttenarbeiter lassen jetzt die Industriellen den zweiten Angriff folgen. Die Spartenverbände der kapitalistischen Organisationen veröffentlichen einen Programmenvorschlag eines so genannten Kompromissprogramms. Dieses Programm fordert die industrielle Vollmacht für den Reichsfinanzminister, Herauslegung der sozialen Ausgaben für Reich, Länder und Gemeinden, Abbau der Besitzsteuer, Erhöhung der Massensteuer.

Der wesentlichsste Inhalt dieses Diktaturprogramms ist folgender:

1. Die Ausgaben von Reich, Ländern und Gemeinden und Kommunalverbänden sind bereits 1928 gegenüber dem Etat für 1927 erheblich zu kürzen, das Reich hat mit den reinen Reichsausgaben mit einer Kürzung von 6 v. H. begonnen.
2. Dem Reichsfinanzminister ist gegenüber dem Reichstag das Einspruchrecht gegen etwaige Staatsförderungen bzw. Nachtragsförderungen einzuräumen.
3. Über die bekannten Veröffentlichungen der Voranschläge, Einnahmen und Ausgaben hinaus müssen Väter, Gemeinden und Gemeinderverbände mit sofortiger Wirkung verpflichtet werden, dem Reichsfinanzminister oder den von ihm zu bezeichnenden Stellen auf Anforderung jede notwendige Auskunft über ihre Vermögenslage, insbesondere über ihre Verpflichtung jeder Art, zu geben.
4. Dem Reichsfinanzminister ist das Recht zu gewähren, unter der Voraussetzung, daß der Haushaltplan eines Landes die allgemeinen Richtlinien der Reichsfinanzpolitik verletzt, Einspruch gegen den Vollzug zu erheben.

5. Die Verwaltungsumform ist mit größter Beschleunigung in Angriff zu nehmen. Neben der bekannten Entzettelung, jede dritte seelwerdende Stelle nicht zu bezeichnen, ist eine Anordnung erforderlich, daß bis zur Erledigung der Verwaltungsumform auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung die Einstellung neuer Ansässiger gehemmt wird.

6. Die Befugnisse des Reichspolizeipräsidenten sind so zu erweitern, daß tatsächlich eine Gewähr für die Durchführung der von ihm als notwendig erachteten Sparmaßnahmen gegeben ist.

Dieses Programm ist die Fortsetzung des Ruhrangriffes auf der ganzen Linie. Der wirtschaftlichen Kampfführung der Industriellen folgt hier die erste Forderung nach der politischen Diktatur. Der nächste Schritt wird die Forderung nach der politischen Diktatur überhaupt sein. Das sozialdemokratische Gesetz, daß die Industriellen gegen den Staat streiken, wird durch diesen zweiten Vorschlag wieder deutlich charakterisiert. Die Industriellen wollen eine stärkere Anspannung des Staatsapparats gegen die Arbeiterschaft.

Es gilt, schnellstens alle Kräfte zur Abwehr und zum Gegenangriff zu mobilisieren. Jedes Zögern bedeutet sich widerstandlos der offenen Diktatur der Kapitalisten ausliefern. Dieser Vorschlag der Industriellen konnte nur erfolgen, weil die Gewerkschaftsführer und die Sozialdemokraten vor dem ersten Angriff der Industriellen kapitulierten. Dieser Vorschlag zeigt, daß die Arbeiterschaft nicht zögern darf, den Kampf aufzunehmen. Streik am 1. Januar, jetzt erst recht, jetzt unbedingt, muß die Antwort der Arbeiter sein.

Die Kommunarden von Kanton

Als die Pariser Kommune die Leitung der Revolution in ihre eigene Hand nahm, als einfache Arbeiter zum ersten Male es wagten, das Regierungsprivilegium ihrer „natürlichen Oberen“, der Besitzenden, anzutreten ... da wand sich die alte Welt in Wulfräumen beim Anblick der roten Fahne, die, das Symbol der Arbeit über dem Stadthaus wehte.

Das Pariser der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbot einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Vertilger hat die Geschichte schon sehr an jenen Schandpfahl genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gabete ihrer Psalmen ohnmächtig sind. (Marg.: „Der Bürgerkrieg in Frankreich“)

Unter dem Schuh der imperialistischen Kriegsschiffe trat die holländische Grausamkeit der konterrevolutionären Soldates über die chinesischen Städte. Triumphierende melden die imperialistischen Henker in ihre Heimatländer, daß in den Straßen von Kanton Tausende von Leichen der revolutionären Arbeiter herumliegen. Die Nordwut der militärischen Banditen lenkt keine Grenzen. In den Arbeitervierteln von Kanton werden massenhafte Erschießungen vorgenommen. Schon die Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft oder der geringste Verdacht, auf Seiten der revolutionären Arbeiter und Bauern zu stehen, reicht aus, um auch ohne jede Gerichtsordnung niedergeschlagen oder entführt zu werden. In Shanghai wie in Wuhan werden Arbeiter kolonialen Weise auf offenen Plätzen niedergemacht. Beschiedigt bringt auch die imperialistische Presse alle Einzelheiten von den Morden, die die Schlachtfelder der Konterrevolution auszuschärfen haben, bevor sie hingerichtet werden. Die Rache erfreut sich auch auf die schwulen Konsulatsbeamten der Sowjetunion, die nicht, wie die Vertreter der anderen Räte, ihre befestigten Konzessionen und ihre Kriegsschiffe zur Hand haben. Die imperialistischen Konzessionsverwaltungen sind jetzt großzügig. Zum erstenmal „annehmen“ sie die Souveränität der chinesischen Behörden, indem sie die Erlaubnis geben, die Konzessionen, die auf ihrem Territorium sich befinden, auszuräumen und ihre Beamten zu morden. Und damit gar kein Zweifel darüber besteht, daß hier der Imperialismus den Schlachtplatz lenkt, schreibt die imperialistische Presse nach mehr Mord und Blut, nach der Expeditionsarmee, zu der sich die chinesischen Generale vereinigt haben, um nicht nur in den Städten, im Bereich ihrer Kriegsschiffe, sondern auf dem weiten Lande, in den Zentren der Bauernauflände, die revolutionären Bauern niedergeschlagen.

Hier steht vor uns die „abslutatorische“ Mission des Imperialismus in ihrer ganzen grauenhaften Bestialität. Seit mehreren Jahrzehnten erhebt sich das chinesische Volk immer von neuem, um die halbfeudale Barbarei und ihren Despotismus niedergeworfen. Der halbfeudale und bürgerliche Militarismus mit seinen fortgesetzten Bandenkriegen zum unvorstellbaren Zweck des Raubes und Mordes ist den Hunderten von Millionen der unterdrückten Massen Chinas aufs tiefste verhaft. Jede revolutionäre Etappe bringt immer gewaltigere Massen auf den Kampfplatz, in den mit immer größerer Verbilligung geführten Kampf. Und jedesmal von neuem stellt sich der Imperialismus mit der gewaltigen Übermacht seiner Kriegsschiffe schußend vor diese Barbarei. Der räuberische Militarismus mit seinem fortgesetzten Bürgerkrieg ist für das Werk der imperialistischen Zivilisation in China unentbehrlich. Er ist für sie die Verkörperung der „Ordnung“, die von den Arbeitern und Bauern nicht angetastet werden darf. Auf die erste Kunde vom Kanton Aufstand eilten von allen imperialistischen Flottenstützpunkten der chinesischen Gewässer die Kriegsschiffe nach Kanton. „Nur zum Schutz der Ausländer und ihrer Interessen“ dröhnten die imperialistischen Telegrafenagenturen. Aber diese „Ausländer und ihre Interessen“, die hier geschützt werden sollten, verbürgten die Beherrschung der chinesischen Häfen, die Verwaltung der chinesischen Einnahmekassen, die Beherrschung der modernen Industrie und die Unantastbarkeit der halbfeudalen Ausbeutung auf dem Lande, die die Ausplündierung Chinas für die imperialistischen Mächte gewährleistet. Diese Interessen waren bedroht durch den Kantonier Aufstand und sein mächtvolles Echo in allen imperialistischen Zentren Chinas. Und darum wette denen, die sich gegen diese geheiligte Ordnung in Gestalt des Bündnisses des Imperialismus mit den halbfeudalen und bürgerlichen Konterrevolution erhoben haben!

Die chinesische Bourgeoisie stand eins in der Kampffront gegen den Imperialismus. Sie appellierte an das radikale Kleinbürgertum, die Arbeiter und Bauern um Hilfe, um den halbfeudalen Militarismus und den Imperialismus zu schlagen und die eigene Klasseherrschaft aufzurichten zu können. Aber als die entscheidenden Kräfte der Revolution, die Arbeiter und Bauern, ihre Griffe an die Revolution

Bor der Verbindlichkeitserklärung

Heute neue Verhandlungen

Für heute mittag 12 Uhr sind beide Parteien erneut ins Reichswirtschaftsministerium gebeten worden, um in Nachverhandlungen über den Konflikt in der Schwerindustrie einzutreten. Gute den Fall, daß keine Verständigung erzielt werden sollte, wird, wie heute morgen die örtliche Presse überausdrücklich meldet, der Reichsarbeitsminister den Schiedsprozeß für verschiedlich erklären.

Eben, 20. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Entgegen den Verschlüssen der Konferenzen der drei gewerkschaftlichen Richtungen am Sonntag, die im Sinne der Gewerkschaftsführer sich in ihrer Tendenz für den Rückzug gegenüber dem verbindlich erklärten Schiedsprozeß aussprachen, wächst die Kampfesstimmung unter der Arbeiterschaft, auch trotz Verbindlichkeitserklärung in den Streik einzutreten, immer mehr. So beschloß die Branche der Walzwerkarbeiter in Eltern, den DAW aufzufordern, am 1. Januar in den Kampf einzutreten, damit die vom DAW aufgestellten Forderungen, Wochentag, dreigeteilte Schicht und Lohnausgleich sowie 10prozentige Lohnherhöhung, in die Tat umgelegt werden. Die Arbeiter sind bereit, mit allen Mitteln für diese Forderungen den Kampf bis zum Siege zu führen. Auf der Sitzerei Nr. 3 bei Krupp fand am Montag während der Mittagspause eine Belegschaftsversammlung statt. Die 442 Mann zählende Belegschaft war nahezu vollständig erschienen. Die Stimmung der Arbeiter war eine glänzende. Gegen 2 Stimmen wurde die nachstehende Resolution angenommen: „Die Versammlung lehnt die Schiedsprüche als unannehmbar ab und fordert vom DAW die Aufnahme des Kampfes auch dann, wenn die Verbindlichkeit ausgeschlossen wird. Wie Arbeiter müssen endlich verstehen, mit denselben Mitteln und mit derselben Kraft unsere Interessen durchzusetzen, wie die Unternehmer es verstehen, ihre Forderungen Nachdruck zu verleihen.“

Die Ortslohnzulagen bei der Dorpmüller W.-G.

Berlin, 20. Dezember. (Eigene Drahtmeldung)

Gestern wurden Verhandlungen über die Neuregelung der Ortslohnzulagen für die Arbeiter der Reichsbahn, Reichspost und des Reiches abgeschlossen. Sie haben mit unchörer licher Lohnzulagen von wenigen Pfennigen geendet. Der Vorwärts ist gezwungen, das Zurückweichen der reaktionären Führer vor dem schamlosen Angebot der Damesbahn- und Reichspostdirektoren und den Vertretern der Bürgerblockregierung in folgender verschämter Weise zu melden: „Leider kommen Lohnzulagenweise nur 55 Prozent Lohnempfänger der Reichsbahn

in den Genuss einer im übrigen nur bescheidenen Lohnherhöhung. Die Erhöhung schwankt zwischen 1—5 %. pro Stunde und tritt mit dem 1. November in Kraft. Vor allen Dingen ist zu bedauern, daß die sehr niedrig bezahlten Arbeiter des Ostens auch bei dieser Bewilligung von der Hauptverwaltung nicht genügend berücksichtigt wurden. Alle Einwände der Organisationsvertreter, sowie das Herrschen der traurigen Lebensverhältnisse der Arbeiter in den östlichen Bezirken waren erfolglos.“ Im gleichen Atemzuge „beruhigt“ der Vorwärts nochmals die übrigen Arbeiter, „daß ja die Arbeiter des Ostens schlechter wegkommen jeilen.“

Auch für die Reichspost bringt die Erhöhung nur für einige hundert Orte 2—7 Prozent, das sind 1—5 %. Stundenlohnherhöhung, die vom 1. Oktober ab zu zahlen sind.

Für die Reichsarbeiter werden ab 1. Oktober ebenfalls Stundenlohnherhöhungen von 2 %. in 137 Orten, von 3 %. in 25 Orten und von 4 %. in 11 Orten gewährt. Für Berlin, wo 3 %. vorgeschlagen wurden, konnte eine Lohnherhöhung nicht erreicht werden.

Diese fämmelichen Lohnherhöhungen, die der Vorwärts meldet, sind teilweise sicher noch übertrieben, denn die bürgerlichen Blätter melden überall hin eine durchschnittliche Lohnherhöhung von 3 %. Der Vorwärts vertrölt die Arbeiterschaft auf den Ablauf der Tafse, wo es zu neuen Kämpfen zu rüsten gelte.

Neuwahlen in Hamburg am 12. Februar

Hamburg, 20. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Infolge des Urteils des Staatsgerichtshofs ist Hamburg 4. St. ohne Bürgerschaft, da die neu gewählte Bürgerschaft nach dem Urteil sich selbstverständlich auflösen muß. Der noch amtierende alte Senat hat noch der Hamburger Verfassung binnen 60 Tagen Neuwahlen auszuschreiben. Wie wir hören, sind diese Neuwahlen zur Hamburger Bürgerschaft bereits für den 12. Februar angelegt worden.

Neuwahlen auch in Mecklenburg-Strelitz

U. Mecklenburg, 19. Dezember.

Das Mecklenburg-Strelitzer Staatsministerium gibt bekannt, daß aus Gründen der am letzten Sonnabend vom Staatsgerichtshof in Leipzig gefällten Entscheidung die Landtagswahl vom 8. Juli 1927 ungültig sei und daß daher Neuwahlen stattfinden müßten. Die Regierung beruft Neuwahlen auf Sonntag den 29. Januar 1928 an. In ihrer Bekanntmachung überträgt die Regierung die Beschlüsse des Landtages auf Grund des § 20 des Landesgrundgesetzes vom 8. Juli 1923 gewählten Landtag bestellt war.

ummedeten und nach der Führung der Revolution gegen die dominante Bourgeoisie begriffen haben, da veränderte sich mit einem Schlag die Stellung dieser Klasse gegenüber der nationalen Revolution. Jetzt steht die Kuomintang an der Spitze des Feldzuges gegen die Arbeiter und Bauern. Sie ruft öffentlich zum Bruch mit der Sowjetunion auf. Sie proklamiert eine neue Orientierung der Annäherung an die imperialistischen Mächte und sieht nur eine Gefahr: die nationalrevolutionäre Front der Arbeiter, Bauern und der robotischen Kleinbürgerschaft. Sie begrüßt sich mit der Freiheit zur Niederschlagung der Revolution. Unter dem Schlag des Imperialismus und der Hölle der Kuomintang morden die Generale die revolutionären Arbeiter und Bauern. Sie, die Bourgeoisie, befolgt willig alle Weisungen für die Niederschlagung der Revolution und den Bruch mit der Sowjetunion. Sie ist nichts als die hündische Untertüpfel, als der vollendete Verrat an den Interessen der nationalen Revolution. Und ist ihr die politische Herrschaft über China versagt, so will sie wenigstens den Beweis liefern, daß sie einen gezeugten Kettenbund des Imperialismus zur Niederschlagung der Revolution darstellen kann.

Der Kantoner Aufstand zeigte der Arbeiterklasse der ganzen Welt, daß die chinesische Revolution lebt, und daß sie getragen wird von den Arbeitern und Bauern Chinas zu weiteren Kämpfen. Der Kantoner Aufstand verlündete in seinem Heldenmut, daß trotz der gewaltigen Macht des Imperialismus und der inneren Konterrevolution die Massen der chinesischen Revolution nicht zurücktreten. Sie haben umgekehrt die Lehren aus den vergangenen Erfahrungen in beschleunigtem Tempo gezogen, sie haben die Rolle ihrer Bourgeoisie erkannt und begriffen, daß nur ihre eigene Kraft und ihre eigene Führung, nur die Räte der gelärmten nationalrevolutionären Front die Lösung der Revolution sein können. Der Aufstand war sehr kurzlebig, aber jeder Tag seines Siegreichen Bestandes schmettert hinaus die fundamentalistischen Grundsätze der Revolution. Der Aufstand vollzog sich auf der Grundlage des Generalstreiks und der Bauernaufstände, war getragen von den bewaffneten Kräften der Arbeiter und Bauern, stand unter der Führung der Kommunistischen Partei, der Gewerkschaften und der revolutionären Bauernverbände. Und jedes Wort dieser Organe, jede Tat und jeder Blutstrom ihrer Kämpfer, war voll des Verständnisses der geschichtlichen Größe und der Grundprobleme der chinesischen Revolution. In diesem Vorstoß manifestierte sich die Reise der revolutionären Kräfte in China, ihre Kühnheit und ihre unerhörte Bereitschaft zur revolutionären Tat.

Sie sind unterlegen vor der gewaltigen Übermacht des Imperialismus. Diese Reise des Kantoner Aufstands muß vom Proletariat der ganzen Welt, und besonders von dem der imperialistischen Mächte, in ihrer ganzen Schwere begriffen werden. Es war nicht allein der chinesische Militarismus, der dem Aufstand eine so schnelle Niederlage hat bereiten können. Es war vor allem die drohende Gewalt der imperialistischen Kriegsschiffe, der schwere Druck der imperialistischen Macht in den wichtigsten Industrie- und Handelszentren Chinas, der die Arbeiterklasse niederknickt und jeden Versuch der Hilfe und Kampfsolidarität für die Helden in Kanton im Keime erstölt. Der Imperialismus, das ist der wahre Henker der chinesischen Revolution! Die Arbeiterklasse des imperialistischen Landes muß begreifen, daß ihre Unterdrückter auch der Henker des chinesischen Bevölkerungskampfes sind. Und wenn jetzt die „Ruhe und Ordnung“ in China sich äußert in den massenhaften Ermordungen chinesischer Arbeiter und Bauern, so ist der Schrei dieser gemarteten Opfer die Mahnung an das ganze Weltproletariat, die chinesischen Kämpfer durch ihre Kampfsolidarität mit der chinesischen Revolution zu rütteln. Fort mit den imperialistischen Armeen aus China und den Kolonien, — das muß der Kampf des Weltproletariats sein!

Ist der Kantoner Aufstand und der Radetzkyzug der Konterrevolution ähnlich der Geschichte der Pariser Kommune von 1871, so bedeutet das nicht, daß die geschichtliche Stellung des Kantoner Aufstands in der chinesischen Revolution und in der kolonialen Revolution überhaupt den Vorboten einer heissen Zukunft des Sieges ist. Der Kantoner Aufstand signalisiert unmittelbare und neu Kämpfe auf noch größerer Grundlage. Der Kantoner Aufstand steht nicht am Vorabend der Revolution, sondern mitten in dem gewaltigen Revolutionsprozeß, der China ergreift hat. Daher hat das Weltproletariat eine unmittelbare Pflicht gegenüber China im schwärfsten Kampf gegen den Imperialismus und seine räuberische Kolonialpolitik zu erfüllen. Helft den Kommunarden von Kanton, heißt es gegenwärtig, verhindert die Intervention des Imperialismus in China. Helft den Kommunarden, heißt Hilfe für die chinesischen kämpfenden Sowjets und aktive Kampfsolidarität mit der chinesischen Revolution! Hilfe für die chinesische Revolution heißt: Rieder mit dem blutigen Terror des Imperialismus in China!

Schwere Explosion in Guatemala

III. London, 19. Dezember. Wie aus Guatemala (Stadt) berichtet wird, sind infolge eines Feuers das Pulvermagazin und andere Gebäude, in denen Dynamit und Petroleum aufbewahrt wurden, in die Luft gesprengt. Die Zahl der Verletzten beträgt nach den bisherigen Feststellungen 15.

Untergang eines Unterseebootes

40 Mann ertrunken? — 6 Mann geben Tauchern noch Lebenszeichen

Das amerikanische Unterseeboot „S 4“ ist am Sonnabend nachmittag auf der Höhe von Cap Code von dem Alkoholschmuggler-Zugboot „Pawling“ gerammt worden und ging sofort unter. Etwa 40 Mann Besatzung befanden sich im Kampf, und man hörte nur noch schwache Hoffnung. Sie reisten zu können. Die „Pawling“ ist ebenfalls schwer beschädigt, konnte aber noch den Hafen erreichen.

III. New York, 19. Dez. Die an die Unglücksstelle in der Bucht von Province town entlandeten Taucher haben festgestellt, daß Sonntag abend noch mindestens 6 Mann der Besatzung des gefallenen Unterseebootes am Leben waren. Das Unterseeboot liegt 35 Kilometer außerhalb des Hafens in einer Tiefe von 35 Meter. An der Unglücksstelle sind 9 Kriegsschiffe versammelt. 50 Taucher arbeiten auf dem Meeresgrund. Die Untersuchungen der Taucher haben ergeben, daß das Unterseeboot genau in der Mitte direkt vor dem Turm eingedrückt ist. Durch das entstandene Loch drang das Wasser in das Unterseeboot, worauf die vorderen und hinteren Räume scheinbar sofort luftdicht abgeschlossen wurden. Die Taucher versuchten, durch das Loch in das Unterseeboot zu gelangen, mußten dienen Versuch aber aufgeben, da ihnen durch Drähte und verdogene bzw. zertrümmerte Einrichtungen der Weg versperrt war. Darauf klappten die Taucher das Unterseeboot ab. Möglicher würden aus dem Boden des U-Bootes die Klopseiden erwidern, und es entpannen sich zwischen den Eingeschlossenen und den Tauchern folgende Unterhaltung:

Die Belegschaften für Kampf

Von unserem Berichterstatter

Eben, 18. Dezember.

Wollte jemand die Lage im Kampf der Metallarbeiter nach der Delegiertenkonferenz beurteilen, die heute in Essen gegen 16 Stimmen die Anträge der Opposition, die Forderungen des DBB mit dem Streit durchzusetzen, niederschmette, so würde er ein vollkommen schiefes Bild von der wirklichen Stimmung der Metallarbeiterchaft bekommen. Diese Konferenz entsprach in ihrer Zusammensetzung nicht dem Kräfteverhältnis in der Arbeiterschaft. Das belogen sowohl die Revolutionen, die in den General- und Betriebsversammlungen angenommen wurden, als auch die staatenwidrigen Manipulationen, die in einigen Bezirken vorgenommen wurden, in denen die Delegierten nicht gewählt, sondern von der Verbandsleitung bestimmt wurden.

Was will der DBB jetzt tun? Die in der Delegiertenkonferenz angenommene Resolution erklärt, daß zwar der Schiedsentscheid „unbedingt“ sei, aber „unbekannt“ dieser grundsätzlichen Stellungnahme werden die Vertreter der in den freien Organisationen organisierten Hütten- und Metallarbeiter beauftragt, für den Fall, „daß die Verbindlichkeitserklärung nicht zu verhindern ist“, alles aufzubieten, um

- den Schiedsgericht Thomas-Martinwerke und der dazu gehörenden Walzenstrahlen später zu legen;
- die Zustaltung einer Stunde Mehrarbeit der fall einsetzenden Werke an die Zustimmung der Betriebsräte zu binden;
- eine weitere angemessene Erhöhung der Tarifstundenlöhne;
- die lange Laufdauer des Lohnschiedsvertrages angemessen zu verlängern;
- Platzzellen, daß die Arbeiter in den Hochöfen- und Röhrenwerken und Bessemer-Werken ab 1. Januar 1928 die dreigeteilte Achtkundenzehnigkeit zu beanspruchen haben.“

Diese „Forderungen“, die gewiß weder Herren Brauns noch dem jungen Thosßen (habsburgische Räte) bereitgestellt werden, gelobten die Führer des Metallarbeiterverbundes, zu „vertreten“. Der Vorsitzende des DBB, Reichel, sah die Ziele des Verbandes noch schamlos kapitalisierend, zusammen:

„Wir müssen den Schiedsentscheid ablehnen, damit wir zu einer zweiten Schlichterkonferenz kommen.“

Wir dürfen keine falschen Verschlüsse fassen, wir müssen im nächsten Jahre die Kräfte steigern, um dann zu einem großen Schlag auszuholen, wenn Situation und Voraussetzungen dazu geeignet sind.“

Die bei den Verhandlungen vor dem Schlichter anzuwendende Taktik erläuterte der Reiterer Wolf aus der Generalversammlung des DBB in Essen in folgenden klugen Worten:

„Die Verhandlungen beim Schlichter erfordern Ruhe und Ordnung wie bei einer schweren Geburt; genauso wie bei einer Geburt alles ruhig und vorsichtig erleidet werden muß, genauso so muß bei Verhandlungen verfahren werden.“ (!)

Nun, auch wer kein Geburtsshelfer ist, weiß, daß Geburten unter sehr wenig zufriedigen Umständen vor sich gehen, und er weiß auch, daß bei einer so „ruhigen“ Geburtshilfe, wie sie die reformistischen Gewerkschaftsbürokraturen des Schiedsgerichts üben, das fräulein Kind hämmernd umgedreht gehen muß.

Nun, der Kampf in der Metallindustrie ist nicht beendet, im Gegenteil, die größte Verstärkung steht noch bevor. Gleichzeitig mit dem Bericht von der Delegiertenversammlung laufen die Nachrichten aus allen Städten des Ruhrgebiets ein, in denen vorgesetzte und geistige Generalversammlungen stattfinden, und in denen fast ausnahmslos die Oppositionswünsche die Zustimmung der Arbeiterschaft finden. So wird aus Hattingen gemeldet:

Die Mitaussiedlung des DBB fand am Sonnabend abend statt. Im Mittelpunkt der Diskussion stand eine von der Opposition vorgelegte Resolution, in der Ausnahme des Streits gefordert wurde, und zwar auch dann, wenn Brauns den Schiedsentscheid zum Gesetz machen will. Den zahlreich anwesenden Kollegen genügte die Vertröstung auf die kommenden Reichstagswahlen nicht. Nur einige reformistische Betriebsräte von der Hennichshütte versuchten zu bremsen. Alle anderen Diskussionsredner äußerten sich aufs schärfste gegen den Schiedsentscheid und gegen die Methode, an der Verbindlichkeitserklärung die ganze Bewegung wieder scheitern zu lassen. Sozialdemokratische Kollegen sprachen offen aus, daß sie die Brocken hinlegen und sich nicht wieder von den Unterhändlern an der Nase herumführen

Der Gotjawalj in China ermordert

III. Berlin, 19. Dezember.

Der Meldung eines Abendblattes aus Hongkong zufolge bestätigt sich die Nachricht von der Hinrichtung des russischen Botschafts in Kanton, Hafis, bei der Einführung des Sowjetjulats durch die chinesischen Regierungstruppen. Die Bekämpfung wird in einer nunmehr ausgefundenen Photographie erblidt, die den Botschafter gezeigt, ohne Schuhe und Strümpfe, tot am Boden liegend zeigt. — In Moskau liegt noch kein amtlicher Bericht vor, doch ist die Tatsache an sich aus Peitschendungen bekannt geworden. In der russischen Protestnote an die chinesischen Nationalitäten ist die Ermordung noch nicht erwähnt.

Nach den neuesten Meldungen steht das Unterrevolutionäre Gemüth in Kanton unaufhaltlich weiter. Der Vertreter der amerikanischen Associated Press meldet aus Kanton, daß die blutigen Repressalien gegen die Kommunisten fortgesetzt werden. Die Truppen erschießen wahllos Frauen und Mädchen, soweit sie Publiko tragen. Bisher sind 14 solcher Fälle bekannt geworden. Der Korrespondent sei im Besitz vieler Photographien, die die Schlägereien auf den Straßen zeigen. Es stände fest, daß auch der russische Botschafter, Hafis, öffentlich hingerichtet sei. Es existiere darüber eine Photographie, auf der er gefesselt und unmenschlich zugerichtet, sehr deutlich als Leiche zu erkennen sei.

lassen würden. Ein sozialdemokratischer Kollege billigte testlos die Politik der Opposition“.

Aus Düsseldorf: „Am Sonnabend abend fand eine stark besuchte Funktionärerversammlung des DBB statt, die von einer ausgesetzten Kampfversammlung befehligt war. Ein von der Opposition gestellter Antrag mit folgendem Wortlaut wurde einstimmig angenommen:

„Die heute am 12. Dezember tagende DBB-Funktionärerversammlung der Ortsverwaltung Düsseldorf lehnt die beiden gefälschten Schiedsentscheide ab. Die Versammlung ist der Meinung, daß jetzt das letzte gewerkschaftliche Mittel angewandt werden muß, um die mehr als berechtigten Forderungen des DBB durchzusetzen. Zu diesem Zweck stellt die Versammlung an die morgen tagende Bezirkversammlung den Antrag, der Mitgliedschaft den Streit zu empfehlen.“

Aus Gelsenkirchen: „Die Belegschaftsversammlung der Mannesmann-Röhrenwerke, Abteilung Gitterhütte, nahm einstimmig die Resolution an, die an den Verhandlungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes festhielt und verlangt, daß trotz Verbindlichkeitserklärung am 2. Januar der Kampf aufgenommen wird.“ Ähnliche Resolutionen wurden in der Gutehoffnungshütte (Oberhausen), in der Bezirkversammlung des DBB Witten/Esch angenommen. In Herne wurde zu der Resolution des Verbandes auf Ablehnung des Schiedsentscheides ein Zuschantrag eingebracht, den Streit auch dann zu erklären, wenn der Schiedsentscheid für verbindlich erklärt wird. Sogar der Verbandsangestellte mußte die Annahme dieses Zuschantrages empfehlen, die dann einstimmig erfolgte.

Aus Dortmund und Essen liegen bisher Meldungen vor, nach denen Resolutionen für den Streit abgelehnt wurden — gegen eine sehr starke Minderheit —, und den Delegierten freie Hand gelassen wurde.

Natürlich ist auch die Entscheidung der Delegiertenkonferenz nicht gegen den Willen der gesamten Metallarbeiter der Nordwestgruppe gefallen. Es gibt nicht nur in Dortmund und Essen Belegschaften, die der reformistischen Politik nicht zustimmen. Aber der Widerspruch zwischen den Berichten aus den zahlreichen Einzelversammlungen, zwischen der Stimme, die auch ich in den Betrieben überall um Sonnabend feststellen konnte, zwischen den Berichten, die aus Versammlungen der Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaften, der Christen eingelaufen sind, und der Zustimmung der Delegierten ist so groß, so unverkennbar, daß noch irgend jemand an eine ordnungsgemäße Zusammenfassung dieser Konferenz glauben könnte. Und tatsächlich sind auch in mehreren Bezirken die Delegierten nicht neu gewählt worden! — u. a. in Dortmund, so daß die Entscheidung der Konferenz eine unerhörte und in einer Situation wie der heutigen, verbrecherische Abwendung des Kampfwillens der Arbeiter auf die Erfüllung kleiner Teilerfolge ist. Die Arbeiter wollen aber das Ganze und sind bereit, dafür zu kämpfen.

Streitbrecherausbildung

Teknische Not hilfe

Die Kapitalisten rüsten zur Niederringung der Arbeiter. Alle Vorbereitungen gegen das Proletariat werden getroffen. In China gibt die imperialistische Räuberbande den Arbeitern ein Beispiel davon, mit welcher brutalen Morde die bestehende Klasse die Arbeiter niedermacht, wenn diese es wagt, sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu erheben. Auch in Deutschland rüsten die Bourgeoisie mit allen Mitteln zur Schlacht gegen die Arbeiter. Die Polizeibeamten gezeigten aller Länden zeigen den Kurs — Ausbildung der Polizei zur Bürgerkriegsarmee.

Neben diesen Polizeiausführungen geht die ständige Ausbildung der Streitbrechergruppen der Technischen Not hilfe. In Dresden veranstaltet diese Gesellschaft einen Vortragssaal, in dem die Kämpfer gegen das Proletariat eine besondere Schulung zur Niederringung der Lohnforderungen der Arbeiter erhalten.

Wie gelangten in den Besitz eines Rundschreibens, in dem die Zeitung des Teno, Ortsgruppe Dresden, ihre Anhänger und solche, von denen sie annimmt, daß es welche werden, auffordert, an fünf Vorträgen zu bilden und fünf Werktreffungen teilzunehmen. Selbstverständlich stellt die Stadt ihre Werte für die Ausbildung der Streitbrechergruppen zur Verfügung.

Die Vorträge finden im Hygienemuseum in der Jägerstraße statt. Einige der Vorträge sind schon vorüber. Ziel und Inhalt des Teno werden durch diese Vorträge charakterisiert. Der erste Vortrag fand am 30. November statt. Der Betriebsingenieur Pöhl sprach über die Erzeuger- und Schaltanlagen des Westerweller Werkes. Am Sonntag den 4. Dezember fand eine Führung durch dieses Werk statt. Am 13. Dezember war ein Vortrag des Betriebsingenieurs Pöhl über die Umspannanlagen Neustadt und Osnabrück. Am 18. Dezember fand eine Führung durch die Anlagen statt. Am 19. Januar hält der Diplomingenieur Schulz einen Vortrag über neue Ressellianlagen nebst Transporteinrichtungen im Werk Westerwelle. Am 22. Januar findet eine Führung durch das Werk statt. Am 8. Februar spricht Diplomingenieur Kunath über Neuanlagen für Ressellpeilungen und Kohlenaufbereitung im Werk Westerwelle. Am 12. Februar ist eine Führung durch das Pumpen- und Mahlhaus, sowie das Maschinenhaus des Werkes. Am 29. Februar ist wieder ein Vortrag des Diplomingenieurs Kunath über Verteilung der elektrischen Energie im Netz der Stadt Dresden. Am 4. März folgt dann die Führung durch die Umspannwerke Neustadt und Neues Rathaus.

Die Stadt Dresden stellt also großzügig ihre Angestellten und Anlagen zur Ausbildung der Streitbrecher zur Verfügung. Wenn die Ausbildung und Schulung der Teno auch in dem vorliegenden Programm sich auf die städtischen Betriebe beschränkt, so richtet sich die Teno aber gegen die gesamte Arbeiterschaft. Die Arbeiter können daran das schärfste Rühen der Bourgeoisie ermessen. Die Vorbereitungen der Kapitalisten erfordern ständige Vorbereitungen der Arbeiter.

Gegen die Ausbildung der Streitbrecher mit Unterstützung der Stadt — wer trägt die Kosten? — muß der schärfste Prolet erhöhen werden.

Das Finale der Trotski-Opposition

Der Parteitag beschließt einstimmig den Auftschluß von 75 aktiven Oppositionellen

WTB. Moskau, 18. Dezember. Der Parteitag der Kommunistischen Partei Sowjetrusslands nahm heute nach einem Referat, das Ordzhonikidse im Namen des Ausschusses für die Angelegenheiten der Opposition erläutert hatte, einstimmig und ohne Stimmenthaltung eine Resolution an, durch die 75 aktive Mitglieder der trotskistischen Opposition, darunter Kamenev, Radowitschi, Smilga, Smirnow (ehemaliger Kommissar für das Post- und Telegraphenwesen), Radek, Batakov, Batschewitsch, Muratow, Tschodkin, Balaiev, Swarov und andere sowie die gesamte sogenannte Gruppe Sapronoff, die aus 23 Personen besteht, als solche antirevolutionär aus der Partei ausgeschlossen werden werden. Die Resolution billigt weiterhin die Maßnahmen des Zentralkomitees und der Zentralcontrollkommission hinsichtlich der Opposition, darunter den Auftschluß Trotski und Sinowjew, und beantragt das Zentralkomitee und die Zentralcontrollkommission, sämtliche Maßnahmen zu ideologischer Einwirkung auf die Mitglieder der trotskistischen Opposition zu treffen, um sie zu überzeugen und gleichzeitig die Partei von allen ausländischen unerwünschten

Sozialdemokratische Kommunalpolitik in der Praxis

Wohin die These der SPD: „Keine Ausgabe ohne Deckung“ führt!

Von Eis. Otto Göbel, Dresden.

Die sozialdemokratische Fraktion im Dresdner Stadtvorstandskollegium bemüht sich gegenwärtig frapphaft, durch Artikel von Rößl, Zuschriften an die Dresdner Volkszeitung und durch eine völlig entstellt Berichterstattung den Nachweis zu führen, daß nur ihre Politik eine im Interesse der Minderbemittelten grundsätzliche, erfolgreiche proletarische Politik genannt werden könnte.

Die Beweise dafür nicht zu erbringen sind, greifen sie, die Schwäche ihrer Position fühlend, zu den vergleichslosen Argumenten. Sehr unangenehm ist ihnen die Tatsache, daß die kommunistische Fraktion bei den einzelnen Punkten an Hand beweisfähigen Materialien den Nachweis für das Gegenteil ihrer Behauptungen erbringt. Sie möchten das unterbinden. Das ist nicht so leicht. Endlich glauben sie es gefunden zu haben. Die Geschäftsordnung, d. h. die im vorherigen Jahre von ihnen bis zum eigenen Umfall mit den Kommunisten besiegte, ist ihre letzte Zuflucht. Die Rolle, die sie damit übernehmen, ist wohl die läufigste, die je eine Partei gespielt hat. Gemeinsam mit dem gesamten Bürgertum gilt ihr Kampf ausschließlich den Kommunisten.

Rößl und Hünkerbusch.

diese ehemals radikalen Männer der USPD sind die Kuster im Streit. Wie weit sie es darin gebracht und wie wenig ihnen ihre Rolle zum Bewußtsein kommt, zeigen besser wie alles andere einige Zeilen aus dem Stadtvorstandsericht der Dresdner Volkszeitung vom 9. d. M. Dort heißt es:

„Die Sozialdemokratie hat es ebenso wie die anderen Parteien (wie die Deutschnationalen, d. Bef.) tut, unter der unfruchtbaren, die Einwohnerchaft und vor allem die Arbeiterschaft läudigen Methode der Kommunisten zu leiden.“

Die anderen Parteien, vor allen Dingen die Sozialdemokratie als größte Fraktion, die in erster Linie berufen ist, über eine erfolgbringende parlamentarische Arbeit mit zu machen, haben selbstverständlich keine Verantwortung, sich von den Kommunisten auf dem Kopf herumtrommeln zu lassen.“

Die Argumente sind alt. Nur zu oft wurden sie früher von den Bürgerlichen angewandt. Der denkende Arbeiter weiß, daß sie heute nicht besser sind als damals, davon ändert auch die Tatsache nichts, daß sie heute von sogenannten linken Sozialdemokraten angewandt werden.

Den Gipfel erreicht die Dresdner Volkszeitung mit dem Hinweis auf die Rede Hünkerbusch. Dort heißt es:

„Als dann Genosse Hünkerbusch besonders darauf hinwies, daß durch die langatmigen, völlig vom Thema ababweisenden Reden der Kommunisten und ihre völlig unparlamentarischen Art des Beratungen unerhörte, ja übermenschliche Forderungen an die Preisvertreter und Stenographen gestellt wurden, sand er den Beifall des ganzen Hauses.“

Die SPD bestätigte hier selbst:

1. daß Hünkerbusch den Beifall des ganzen Hauses von der SPD bis zu den Deutschnationalen hatte;
2. daß die SPD-Fraktion die Einheitsfront mit dem Bürgertum zum Kampfe gegen die Kommunisten hergestellt hat;
3. daß der SPD-Fraktion die Interessen bürgerlicher Zeitungsberichterstatter (proletarisch werden jedes Opfer bringen) und das eigene Auhebeurteil höher stehen als die Interessen der Minderbemittelten.

Was treibt sie an die Seite des Bürgertums? In dem Artikel „Ein Meisterstück der Demagogie“ sind von mir schon Beispiele gebracht worden. Heute soll an der Steuerfrage die ganze Haltlosigkeit der SPD-Politik gezeigt werden. Dazu einige Bemerkungen.

Durch die Steuergesetzgebung sichert sich die Bourgeoisie die wirtschaftlichen Grundlagen. Grundsätzlich ist bei ihr: Abwälzung der Lasten auf die Werktäler. Die Ergebnisse dieser Politik zeigen sich am deutlichsten an den statistischen Feststellungen des Reichsfinanzministeriums für 1925. Danach betrug das gesamte Steueraufkommen in diesem Jahre 10 559,7 Millionen Mark gegenüber 4 008,6 Millionen Mark im Jahre 1913. Die Einnahmearhöhung beträgt demzufolge 160,2 vom Hundert. Die höchste Steigerung weisen hier die massenbelastenden Steuern auf. So die Umsatzsteuer mit 1 411 000 000 Mark mehr. Diese bestand vor dem Kriege nicht. Ferner die Mietzinssteuer mit 1 280,5 Millionen, die Tabaksteuer mit 565,8 Millionen, die Grund- und Gewerbesteuer mit 835,4 Millionen, die Einkommensteuer mit 1 055,2 Millionen Mark mehr. Das Steueraufkommen aus der Einkommensteuer ist auf die von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen im Reichstag eingeführte Lohnsteuer, mittels der die Lohn- und Gehaltsempfänger geschöpft werden, zurückzuführen. Von der Mietzinssteuer wurden mehr als 700 000 000 Mark für den allgemeinen Finanzbedarf verwendet, d. h. dem Wohnungsbau entzogen.

Das Reich hat alle Steuern an sich gebracht. Der Zweck ist klar: 1. die Bourgeoisie braucht Geld zum Ausbau ihres Machtkörpers (Polizei, Reichswehr, Justiz); 2. zur Erfüllung des Dawesplanes; 3. will sie die Kontrolle der Bevölkerung durch die Gemeinden verhindern. Länder und Gemeinden erhalten Zuweisungen, selbstverständlich ganz ungenügend.

Ein Beispiel: Im Haushaltplan der Stadt Dresden machte 1913 das Aufkommen aus Einkommen- und Körperchaftsteuer 78 Prozent des gesamten Steueraufkommens aus. 1927 betragen die Zuweisungen vom Reich nur 38,6 Prozent des gesamten Steueraufkommens. Im übrigen verweist die Reichsregierung die Gemeinden auf den Weg der indirekten, d. h. der massenbelastenden Steuern.

Auch bei letzterer ist die Wirkung klar. Durch die Verweisung auf indirekte Steuern will sie die Gemeindenerwerbungen, soziale, d. h. Beschlüsse im Interesse der Notleidenden nur durch gleichzeitige Belastung derselben durchführen zu können. Die Reichsregierung handelt hier entsprechend den Forderungen der Industriellen, die die Durchführung dieses Grundsatzes unter Schonung der Wirtschaft, d. h. der Bevölkerung, verlangte.

Sieht man so die Dinge, so ergibt sich ganz folgerichtig für Arbeitervertreter in den Gemeindeparlamenten als Pflicht: Kampf gegen diese Steuergesetzgebung unter gleichzeitiger Mobilisierung der Werktäler, die ja die Kosten zu tragen haben.

Kann die SPD diesen Kampf führen?

Nun, sie hat für die deutschen Kapitalisten die Erfüllung des Dawesplanes mit garantiert. In der Einleitung zum Dawesplan ist als erstes folgendes gesagt:

„Vorbedingung zur Durchführung des Dawesvertrages ist,

die deutschen Partner, einschließlich der SPD, die sich ja am laufenden für den Abschluß des Dawesvertrages eingesetzt hat, haben dies garantiert. Die SPD muß also folgerichtig dem Bürgerblock die zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ nötigen Mittel zur Auslastung ihres Machtmittels gewähren.“

Der Abschluß des Dawesvertrages sicherte den deutschen Kapitalisten das „Recht auf Existenz“, d. h. auf ihren Profit. Will Deutschland die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems erhalten — der Zweck ist ja nach dem Dawesbericht die Wiedereinführung der deutschen Wirtschaft in die Weltwirtschaft — so darf die kapitalistische Wirtschaft nicht angegriffen bzw. nicht gehemmt werden. Die SPD darf also, da sie ja die Verpflichtung mit übernommen hat, die Akkumulation des Kapitals nicht stören. Die Akkumulation würde gehindert durch starke Anziehung der Besitzsteuern. Also ist die SPD auch hier gezwungen, dem Kampf um die Besteuerung des Besitzes auszuweichen. Im übrigen will ja die SPD durch Wiederaufbau des Kapitalismus zum Sozialismus kommen. Erst wenn diese kapitalistische Wirtschaft blüht, kann nach ihrer Theorie an Sozialisierung gedacht werden. In der kapitalistischen Wirtschaft aber haben natürlich die Besitzsteuern „Ihre festen Schranken“. Am deutlichsten sagt das der österreichische Sozialdemokrat Renner, einer der konservativsten Reformisten der 2. Internationale, in seinem Buch: „Das arbeitende Volk und die Steuern“. Er schreibt dort Seite 34:

„Es ist befllogswert, daß alle neu zuwachsenden Werte in der heutigen Gesellschaft in die Taschen privater Kapitalisten fließen, aber es ist so! Und also ist jeder Produktionsfortschritt, also die ganze ökonomische Entwicklung davon gebunden, daß die Kapitalisten Teile ihres Einkommens unverzagt anhäufen.“

Er wird auf Seite 43 noch deutlicher. Dort heißt es:

„Innerhalb der gegebenen kapitalistischen Wirtschaftsordnung darf der Mehrwert nicht einmal zu hoch besteuert werden, ohne ökonomische Katastrophen, ohne das Proletariat selbst durch Lohndruck und Arbeitslosigkeit in Misere zu ziehen. Es zieht also einer für die Arbeiterschaft gefährlichen Utopie nachjagen, wollte man so kurzerhand den Mehrwert hinwegsteuern, ohne im übrigen der kapitalistischen Gesellschaft an den Leid rütteln zu wollen.“

Was sagt die SPD zur Begründung ihrer Stellung zum Dawesplan? „Es war notwendig, um Deutschland den Aufzug zu sichern und Deutschland vor dem Chaos zu bewahren.“

Was sagt Rößl in der Steuerdebatte im Dresdner Rathaus? „Der Dawesplan war notwendig, um aus dem Chaos herauszukommen und die Arbeiterschaft vor Schlimmerem zu bewahren.“

Was heißt das? Der Aufstieg der Arbeiterschaft ist nur möglich, wenn den Kapitalisten das Recht zur Existenz auf Profit garantiert wird. Das war nach Rößl notwendig, um die Arbeiterschaft vor Schlimmerem zu bewahren. Also nicht Kampf der Arbeiterschaft um die Beseitigung des kapitalistischen Systems und die kapitalistische Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, sondern Wiederherstellung.

Reaktionierung des kapitalistischen Systems, das ist das A und O der Politik der SPD.

Eine Politik, der sich auch Rößl bereitwillig unterwirft.

Es ist notwendig, daß die Arbeiter dies erkennen. Rößl war früher Vorsitzender der USPD-Fraktion. Viele Arbeiter sehen um so mehr, als die jüngste Stadtvorstandsfaktion der SPD in der Mehrheit aus Vertretern der SPD besteht, in dieser Fraktion eine radikale Gruppe. Sie glauben, eine solche Fraktion, deren Führer im Kampfe gegen Kuhn, Wirth usw. einen Namen bekommen haben, ist vor dem Weg der Rechts- und Altsozialisten gefestigt.

Dieser Glaube ist irrig. Dies beweisen die folgenden Zeilen, in denen wir durch Gegenüberstellung von Reden der jüngsten Führung der SPD-Fraktion die Preisgabe jedweder Grundlage, ja selbst der radikalen Phrasologie gegenüber dem Bürgertum nachweisen werden:

Rößl, der „linke“ Rechtssozialist

Meine Damen und Herren!

Auch unsere Fraktion hat sich recht eingehend mit der Frage beschäftigt, ob wir dieser Steuer zustimmen können. Wenn wir den einzelnen Ausführungen, ganz besonders von Vertretern der Rechtssozialisten, glauben könnten, dann würden wir einen Fehler begehen, wenn wir diese Steuer ablehnen, und zwar um deswollen, weil wir dann den Bürgen schonten. Aber wir beweisen die Richtigkeit dieser Ausführungen und haben dafür ganz wichtige Begründungen. Es ist wiederholt zum Ausdruck gekommen, und auch jetzt wieder von Herrn Kollegen Eichler bekannt worden, daß die Steuer abgewälzt werden wird und dann letzten Endes auf die Konsumanten, ganz besonders auf die Minderbemittelten und die Arbeiter. Diese werden unter allen Umständen auch diese Steuer zu tragen haben. Wir haben damit zu rechnen, daß die Abwälzung gerade auf die für die Minderbemittelten Bevölkerung lebenswichtigen Produkte unbedingt höher ist. Das ist die Tatsache, die uns veranlaßt, einer solchen Steuer nicht zuzustimmen.

Meine Damen und Herren! Herr Kollege Leinen hat seine

Bewunderung darüber ausgesprochen, daß wir Unabhängigen in diesem Hause nicht mit seiner Partei stimmen wollen. Ich muß auch meine Bewunderung darüber ausdrücken, daß er sich dazu versteigen konnte, diese Steuer als die petrosoße Steuer zu bezeichnen. (Sehr richtig!) Es ist noch nicht lange her, da hat die damals noch einzige Sozialdemokratische Partei zu dieser Steuer eine hohe Steuer setzt — sie hat von gerecht gesprochen — und abwälzt hat. Nachzuholen in den Verhandlungen über den Haushalt in Jena 1913, Seite 435.

Wenn das richtig ist, dann kann sich trotz der Kriegsverhältnisse und alles dessen was sich seitdem abgespielt hat, eine

Wohin gehe ich heute abend?

In die 19,30 Uhr im Künstlerhaus, Grunaer Straße, stattfindende

3. Solidaritätsveranstaltung der Internat. Arbeiter-Schule

Darbietungen: Recitationen, Mandolinen- und Gitarrentonzer, Lieder zur Laute, Abschließend Belagerung.

Unkostenbeitrag 30 Pf. Erwerbslose gegen Karte.

als unakzeptabel bezeichnete Steuer nicht zu einer gerechten Steuer umgewandelt werden. Soweit kann die Wandlung nicht gegangen sein.

Wir sind dagegen, daß man durch eine 200prozentige Erhöhung den Besitzlohn eine bevorstehende Steuer auferlegen will.“ (Rößl Rößl bei der Behandlung einer Vorlage des Rates, nach der ein Gewerbesteueraufschlag von 200 Pro-

zent gefordert wurde.)

Nach dem Stenogramm der 3. öffentlichen Stadtver-

ordnetenversammlung vom 19. Januar 1922.)

„Noch einige Worte zu dem, was der Herr Oberbürgermeister gesagt hat. Er sagte unter anderem: Wir müssen zu dieser Steuer greifen, weil wir auf andere Weise nicht zu Geldmitteln kommen. Wir erscheint das, was der Herr Oberbürgermeister sagt, nicht recht ernst gemeint, denn wenn es ernst gemeint ist, dann darf man nicht, wie er es tut, immer darauf drängen, daß der Staat unter allen Umständen, selbst mit den unvernünftigsten Steuerarten ins Gleichtgewicht gebracht wird. Solange wir das tun, steht sich die Reichsregierung nicht gewonnen, unserer bestreiteten Wünschen Rechnung zu tragen.“ (Sehr richtig!)

Dann kommt aus der Punkt b des Gutachtens überaus bedenklich. Danach will man Gas, Wasser und Elektrizität wieder ganz wesentlich beladen. Die natürliche Folge dieser Gebührenerhebung ist eine Belastung der Verbraucher, und da das Gas für den größten Teil der Bevölkerung besonders unentbehrlich ist, befämpfen wir jede weitere Gaspreiserhöhung zu dem Zwecke.

Wir schaffen eine indirekte Steuer durch die Gaspreiserhöhung. Ich bin überzeugt, wenn wir den Rat und den Herrn Oberbürgermeister um die kländige Erklärung ersuchen würden, daß Gas, Wasser und Elektrizität nicht mehr versteuert werden sollen, so wird er eine dahingehende Erklärung ablehnen. Ich glaube das ganz bestimmt. Ich nehme an, daß wir auf gleiem Gebiete noch sehr große Überraschungen erleben werden.“

(Rößl nach dem Stenogramm der 3. öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten am 18. 1. 1922)

In dieser Sitzung wurde vom Rat die Abgabe von Geldern aus den verdenbenden Betrieben zum Zwecke der Balancierung des Staats gefordert.

„Meine Damen und Herren!

In unserem Minderheitsgutachten bitten wir darum, den Gemeindeaufschlag zur staatlichen Grundsteuer abzulehnen.

Es ist für uns nicht die geringste Veranlassung dazu vorhanden, hier einen Aufschlag von 25 v. H. zur Staatssteuer vorzunehmen, da die Bestimmung des Gesetzes, die eine solche Erhöhung vor sieht oder zuläßt, nicht eine zwingende ist, sondern da es den Gemeinden eben nur überlassen ist, eine solche Bestimmung auch für sich zu treffen. Die Folge dieser Grundsteuererhöhung wird eine Erhöhung der Mieten sein. Gerade dagegen müssen wir aber warnend unsere Stimme erheben. Wir können die Mieter nicht mehr nach irgendeiner Seite hin belästen, denn in der letzten Zeit sind ja durch die gegebenden Körperschaften in Reich und Staat Gesetze geschaffen worden, die auf die Mieter in überaus nachteiliger Weise einwirken.

Eine solche Steuergesetzgebung lehnen wir ab, da machen wir nicht mit. Wir können ihr im Interesse der Minderbemittelten nicht zustimmen.

Es ist ein völlig unvernünftiger Zustand, daß man jemand mit einer Steuer treffen will, ihm aber dann die Möglichkeit gibt, sie anderen aufzuhallen.“

(Rößl in der 11. öffentlichen Stadtverordnetenversammlung vom 17. 11. 1927. Der Rat forderte die Erhebung eines 25prozentigen Aufschlags zur staatlichen Grundsteuer.)

Der Phrasenr.

„Sie da drüben (zu den Bürgerlichen gewandt), das sei einmal mit aller Deutlichkeit gesagt, zahlen nicht einen Pfennig aus Ihrer Tasche. Sie wählen das rechts auf die Minderbemittelten ab.“

(Rößl in der 11. öffentlichen Stadtverordnetenversammlung vom 17. 11. 1927. im Stenogramm gestrichen.)

Der „Praktiker“.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion stimmte der Erhöhung des Aufschlags zur Grund- und Gewerbesteuer züglichlos zu, da sie einwandfrei nachweisen konnte, daß gar keine Belastung minderbemittelner Kreise und eine nur ganz geringe Belastung für Hausbesitzer und Gewerbetreibende bringen würde.“

(Rößl in einem Artikel der Dresdner Volkszeitung vom 30. 11. 1927.)

„Unter Minderheitsgutachten bedeutet einen Schutz der Minderbemittelten. Wir wollen eben bestimmte Lasten den bestehenden Kreisen auferlegen, die nicht abgewälzt werden können und ohne daß man sagen könnte, sie seien für die Wirtschaft unerträglich.“

(Rößl in der Sitzung vom 1. 12. 1927, nach der Dresdner Volkszeitung vom 2. 12. 1927.)

„Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion erkennt wohlgemerkt, daß ihr Vorschlag, dem von den häuslichen Werken vorgetragenen Aufschlag von 10 Prozent für einen Erhebungszeitpunkt zu zahlen, bei ihren Wählern gewiss Bedenken hervorrufen wird, denn nicht alle Arbeiter, Angestellte und Beamte, die zu den Wählern gehören, werden vom Aufschlag berührt. Sie kann aber ihre Stellungnahme wohl verantworten, da die Rot unter den von der Fürstliche Betrieben lebt groß ist und auf diese Weise die bürgerlichen Parteien gezwungen werden, Harde zu benennen. Wir sehen nun, daß die bürgerlichen Parteien gar nicht gewillt sind, auch nur das kleinste Opfer zu bringen.“

(Rößl in einem Artikel in der Dresdner Volkszeitung vom 30. 11. 1927.)

„Es gilt, den Armuten der Armen zu helfen, und deshalb müssen wir es auch vertreten können, wenn besser bezahlte Arbeiter und Angestellte einmal ein klein wenig belastet werden.“

(Rößl in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung vom 1. 12. 1927, nach der Dresdner Volkszeitung vom 2. 12. 1

Aus dem Dresdner Stadtparlament

Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung standen diesmal nur 17 Punkte. Die Zuhörertribünen waren nur schwach besucht. Nach Erledigung der Eingänge wurde beschlossen, die Ausschreibung der Stellen des Stadtrates Dr. Albrecht, Dejernent der Straßenbahn, und des Stadtbaudienstes Wolf vorzunehmen. Bei Punkt 7 steht Gewährung eines Darlehns in Höhe von 150 000 Mark an die Königshütter Grundstückserwerbsgesellschaft zur Erweiterung des Deutschen Vereinshauses entspann sich eine längere Debatte. Bekanntlich hat Dresden über Königshütte die Patenschaft übernommen. Außerdem sollen noch jährlich 3000 Mark Zinsen, und zwar 15 Jahre lang, gewährt werden. Von unserer Fraktion wird darauf hingewiesen, dass hier, wo es sich um eine nationale Sache drehe, sofort hohe Summen vorhanden sind. In der Begründung der Vorlage wurde besonders darauf aufmerksam gemacht, daß in diesem Heim auch die steinen deutschen Gewerkschaften wohnen könnten. Mit Recht fragt Genosse Gähel, wie viel nationalistische Organisationen denen der Arbeiter gegenüberstehen. Die Antwort blieb man schuldig. Wie das wahre patriotische Gesicht dieser Stadträte ausseht, zeigte Genosse Gähel an hand des schlechtesten Beispiels, wo in der Regierung einträchtig Tschechen und Deutsche zusammen und gemeinsam die Minderheiten unterdrücken und die Werkstätten ausschließen. Gegen die Vorlage stimmen als einzige die Kommissionen.

Wirtschaftshilfe an alle städtischen Arbeiter und Angestellten

In einem Antrag des Genossen Werner wird für alle bei der Stadt tätigen Arbeiter und Angestellten eine Wirtschaftshilfe von 50 Mark gefordert. Die Bürgerlichen versuchen, den Antrag als erledigt zu erklären, da ja die Stadt 30 Mark Vorschuss gemahnt habe.

Genosse Lade führt zur Begründung des Antrages aus, daß es zwar Tatsache ist, daß die Stadt einen Vorschuss gezahlt habe, aber derselbe soll im Frühjahr wieder abgezogen werden. Die wirtschaftliche Lage der städtischen Arbeiter und Angestellten ist durch die außerordentlich hohen Löhne eine dermaßen schlechte, daß dringend gefordert werden muß, daß wenn schon die gesamten Parteien nicht gewillt sind, als das Vorschuss gezahlten Betrag als Wirtschaftshilfe auszuweisen, so doch mindestens verlangt werden muß, daß die Hälfte des Vorschusses erlassen wird.

Die SPD hat „normale“ Bedenken

Es ist bezeichnend, daß der sozialdemokratische Vorsitzende Döhlisch sofort nach den Ausführungen des Genossen Lade „normale“ Bedenken wegen der Abstimmung äußert und somit das Stichwort den übrigen bürgerlichen Parteien zur Ablehnung bzw. Verschleppung gibt. Genosse Helm weiß nach, daß der Antrag des Genossen Lade kein selbständiger Antrag ist, sondern lediglich eine Ergänzung bedeutet, und somit auch behandelt werden muß. In der daraus folgenden Abstimmung wird die Behandlung dieses Antrages von allen Parteien, einschließlich der SPD, abgeschaut! Das Gutachten des Rates, das die Wirtschaftshilfe ablehnt, wird gegen die Stimmen unserer Fraktion angenommen. Auch die SPD lehnt die Billigung der Behilfe ab. Charakteristisch ist, daß Spottische, der Betriebsrat bei den städtischen Betrieben ist, es nicht einmal für notwendig hält, hierzu das Wort zu ergreifen. So sieht in der Praxis die Arbeitertreuheit der Sozialdemokraten aus!

Genosse Gähel gelingt das Verhältnis der Sozialdemokraten, die nicht den Mut besaßen, offen unseren Antrag abzulehnen, und sich deswegen hinter formale Bedenken verstecken. Sie wollen den städtischen Arbeitern gar nicht helfen. Hier zeigt sich die praktische Auswirkung der von den Sozialdemokraten gepredigten Politik; keine Ausgaben ohne Deckung!

Als nächster Punkt folgt die Behandlung des Antrages des Genossen Schneider, die ausgewiesenen Strafen für die am Zuchtentfernen beim Jetzelleben erwirkten Roten Frontkämpfer zu erlassen. Die Bürgerlichen zeigen hier ihren ganzen Zorn, den sie gegen die Roten Frontkämpfer haben. Die Rede des Sozialdemokraten Pappert war eine einzige Rechtfertigung der Ratsstellung. Er nahm wie alle anderen Redner Stellung gegen die „wilden Klebstoffen“. Am Schluß seiner Rede erklärte er, daß die SPD für unseren Antrag stimmt — Logit!

Der Regierungsrat Biebrach von der NSP erklärte, daß die Ausführungen des Stadtr. Pappert voll zu unterstützen seien. Bei der Abstimmung enthalten sich die Aufwarter der Stimme. Der Antrag Schneider wird dadurch mit 36 gegen 35 Stimmen abgelehnt.

Für die Erwerbslosen — gegen die zweiwöchige Karentzeit bei den Saisonarbeitern

Wie der kommunistischen Fraktion bekannt ist, gibt der Arbeitsnachweis trotz Schluß der Stadtoberhäupter nicht an jeden Erwerbslosen die bewilligten 2½ Jeninner Kohlen; aus diesem Grunde hat Genosse Schneider folgenden Antrag gestellt:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, alle Erwerbslosen die von den städtischen Körperschaften bewilligte Kohlenbeihilfe von monatlich 2½ Jeninner zu gewähren.

Hierzu teilt Genosse Schneider noch mit, daß nach Ansicht des Rates diejenigen Erwerbslosen, die ihre Unterstützung aus Gruppe 7 oder 8 erhalten, nicht mehr als bedürftig angesehen werden könnten (!). Der Antrag wird an den Auslaufer von Genossen Schneider eingebracht. Das Verhalten der SPD, die nicht einmal einen Antrag auf Schlüsselberatung gestellt und somit die Verschleppung des Antrages bewußt unterstützt.

Gegen die Karentzeit

Von vier Tagen bei dem Dresdner Arbeitsnachweis wandt sich folgender Antrag des Genossen Schneider: Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, auf das Arbeitsamt einzuwirken, daß die Karentzeit bei den Erwerbslosen von vier auf drei Tage festgelegt wird. Damit verbunden wird der ebenfalls vom Genossen Schneider eingebrochene Antrag gegen die zweiwöchige Karentzeit bei Saisonarbeitern: Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, auf das Arbeitsamt einzuwirken, daß die Karentzeit bei den Erwerbslosen von vier auf drei Tage festgelegt wird. Kollegium wolle beschließen, 1. die Reichsregierung aufzufordern, auf den Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung einzuwirken, daß es die Verordnung vom 2. Dezember 1927, wonach die Wartezeit für erwerbslose Bau- und Saisonarbeiter zwei bis drei Wochen beträgt, zurückzieht; 2. den Rat zu ersuchen, sich diesem Beschlusse anzuschließen.

In den meisten Städten Sachsen, so führte Genosse Schneider aus, ist die Karentzeit auf drei Tage festgelegt, in Dresden dagegen auf vier. Der Tag der Arbeitslosenmeldung wird hier nicht als arbeitslos betrachtet. Wir verlangen, daß die Karentzeit sofort auf die gesetzliche, als Mindestmaß vorgeschriebene Zeit; auf drei Tage beschränkt wird. Einen ungeheuren Standort und eine Prostitution der gesamten Arbeiterschaft bedeutet die neue Verordnung des Reichsarbeitsministers, wonach Saisonarbeiter, wenn sie sechs Monate hintereinander gearbeitet, zwei Wochen, und wenn sie acht Monate gearbeitet, drei (!) Wochen Karentzeit durchmachen müssen. So wirkt sich das auch von den Sozialdemokraten mit geschlossener Arbeitslosengesetz in der Praxis aus! Gegen diesen ungeheuerlichen Vorstoß muß die gesamte Arbeiterschaft den Kampf eröffnen. Die Gewerkschaften und Betriebe

müssen mobilisiert werden, um diesen Vorstoß abzuwehren. Die Bürgerlichen versuchen, Vermeidung an den Auslaufen zu erreichen, um die Sache verschließen zu können. Kästnerbühl (SPD) will sich wieder einmal als Schulmeister der KPD auf und bringt Änderungsanträge ein. Der erste Antrag betrifft Herabsetzung der Karentzeit in Dresden von vier auf drei Tage wird angenommen. Der zweite Antrag wird in folgender Form angenommen: a) gegen die Verordnung des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 2. Dezember 1927, wonach die Wartezeit für Arbeitslose entgegen den gesetzlichen Bestimmungen in bestimmten Fällen auf zwei bzw. drei Wochen heraufgesetzt wird, zu protestieren, und deren sofortige Aufhebung zu fordern; b) so lange die Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf Beisetzung dieser Verordnung nicht erfüllt ist, die von der Verordnung betroffenen Arbeitnehmer ausreichend aus der städtischen Fürsorge zu unterstützen.

Unsere Fraktion erklärte zum ersten Absatz, daß der Kampf gegen die Verordnung nur Sinn habe, wenn er sich gegen die Reichsregierung richtet, da bekanntlich das Arbeitsamt eine untergeordnete Instanz ist. Die Sozialdemokraten natürlich lehnen den Kampf gegen die Reichsregierung ab.

Auswertungsfragen

Unter Punkt 11 kam ein schon einmal zurückgewiesener Antrag des Aufwarters Bertram zur Behandlung. Der Reichsausschuss schlug Ablehnung vor. Die Sozialdemokraten unterstützten die Aufwertungsanträge, obwohl ihr eigener Bürgermeister sich gegen die Anträge wandte. Bertram begründete den Antrag. Seine konfusen Ausführungen lösten im Kollegium Lachsalve auf Lachsalve aus.

Genosse Helm präzisierte in klarer Weise den Standpunkt unserer Fraktion. Er zeigte die Unmöglichkeit des Antrages, der, wenn man das Verhalten der Aufwarter im Landtage des rücksichtslosen Demagogie schlimmster Art ist. Dort unterstützte sie alle Anträge des Bürgerkörpers, und hier nimmt ihr Arbeitertreuelichkeit. Die Aufwarter verlangen für alle Hypotheken Auswertung, gleich in welcher Höhe. Die kommunistische Fraktion ist für die Insationsoper, aber einen solchen Antrag, der denen, die übergenug haben, noch mehr zusätzl. können sie nicht unterführen. In scharfen Worten rechtfertigte sodann Genosse Helm mit der illusionären Politik der Aufwarter ab.

Die Ausführungen verfehlten im ganzen Hause, insbesondere bei der SPD, nicht ihre Wirkung. Die Sozialdemokraten wurden verwirrt. In ihrer Fraktion herrschte noch immer keine Klarheit. Sie verlangten nochmalige Verweisung. Der Antrag wurde mit 37 gegen 35 Stimmen abgelehnt.

Nach Erledigung einiger weiterer un wesentlicher Punkte wurde die Sitzung gegen Mitternacht geschlossen.

Kraftomnibuslinie Altmarkt-Böhlandplatz. Um in den Hauptverkehrsstrecken die Straßenbahn zu entlasten, wird am Mittwoch dem 21. Dezember versuchsweise eine Kraftomnibuslinie F zwischen Altmarkt und Böhlandplatz eröffnet. Die Wagen fahren: Altmarkt Ostseite, Johannisstraße, Pirnaische Platz, Grunaer Straße, Süßelplatz, Canalettostraße, Stephanienplatz, Nicolaistraße, Fürstenplatz, Borsbergstraße, Schandauer Straße, Böhlandplatz und zurück. Die Haltestellen liegen in der Regel etwa 30 Meter vor den Straßenbahnhaltestellen; sie erhalten grüne Schilder. Die Wagen verkehren werktags ab Altmarkt von 7.20 bis 20.20 und ab Böhlandplatz von 7.20 bis 20.20 im 10-Minuten-Abstand. Sonntags wird die Linie nur zwischen 13.20 bis 20.20 Uhr betrieben. Die Fahrzeit beträgt für die ganze Linie 15 Minuten. Der Fahrpreis für eine einfache Fahrt ist

20 Pfennig. Die Verhinderung der neuen Linie läuft von ihrer Benutzung an. Ursprünglich war ihre Weiterführung bis zum Postplatz geplant. Dies begegnet jedoch wegen der Überbelastung der Wildstrueter Straße bei Verkehrspolizei und Straßenbahndirection erheblichen Bedenken. Ob man in einem späteren Zeitpunkte die Linie auf einem anderen Wege nach dem Postplatz wird führen können, möglicherweise vorbehalten bleibt.

Strassenbahnnachrichten. Die Haltestelle der Linien 2 und 22 am Pirnaischen Platz, Anfang Gruner Straße, ist etwa 30 Meter landwärts verlegt.

Geschäftssitz in den Kästnerbühl-Kanzleien und Räumen am 24. und 31. Dezember 1927. Am Weihnachts-Heiligabend und am Silvesterabend sind die städtischen Kanzleien nur bis 12 Uhr, die städtischen Räume nur bis 11 Uhr für den Besuch mit dem Publikum geöffnet.

Dresdner Volksschule C. B.

Anmeldungen zum Eintritt in die Dresdner Volksschule C. B. nehmen entgegen: die Geschäftsstelle Schloßstraße 34/36 II., Zigarrenhandlung Paul Held, Pillnitzer Straße 70, Zigarrenhandlung Georg Höfer, Chemnitzer Straße 58, Schokoladen Geschäft Curt Linke, Baugasse 47, Buchhandlung Weichelt, Döbner Straße 12, Volksbuchhandlung Kesselsdorfer Straße 19, Volksbuchhandlung Schandauer Straße 73. — Für das Weihnachtsmärchen „Der blonde Groschen“, das in der Komödie am Mittwoch, Sonnabend und Sonntag um 15.30 Uhr aufgeführt wird, erhalten unsere Mitglieder bis auf weiteres Eintrittskarten im Vorverkauf für 1 Mark täglich in unserer Geschäftsstelle, Schloßstraße 34/36 II., von 11 bis 15 Uhr. — Das siebente Sinfoniekonzert (Silvester-Konzert 1) findet am Mittwoch 28. Dezember 20 Uhr im Gewerbehaus statt. Die aufgerufenen Nummern werden noch bekanntgegeben. — Mitglieder der Dresdner Volksschule erhalten bei den Sonnabendkonzerten der Dresdner Philharmonie gegen Vorzugspreis eine Ermäßigung von 50 Pfennig für jeden Platz. — Die Mitglieder erhalten in der Geschäftsstelle, Schloßstraße 34/36, Eintrittskarten für das Planetarium für 50 Pfennig.

Treibels auf der Elbe

Dresden, 19. Dezember. Seit Sonnabend führen die Elbe und ihre Nebenflüsse starke Treibels. Aus diesem Grunde hat wie aus Magdeburg gemeldet wird, die Arbeitssgemeinschaft der Elbeschiffahrt beschlossen, die Schiffahrt auf der Elbe einzustellen. Die noch auf Fahrt befindlichen Schiffe sind beschleunigt nach den Häfen abgeschleppt worden.

Eine Vereinigung

Wie erhalten von Hans Pawlowitsch folgende Zuschrift: Hierdurch ersuche ich Sie, auf Grund des Paragraphen 11 des Preßgesetzes um folgende Berichtigung in einer der nächsten Ausgaben der Arbeiterstimme:

„In der Nummer vom 15. Dezember wird von mir behauptet, ich hätte in einer Jugendversammlung während eines von mir gehaltenen Vierbild-Vortrages u. a. folgendes wörtlich ausgeführt: „Bei Krupp hat jeder Arbeiter sein eigenes Haus und ein Stützfeld.“

„Krupps Wohlfahrtseinrichtungen sind vorzüglich.“ „Das Gustavshafwerk Ehren arbeitet seit Jahren mit Verlust.“

Ich stelle hierdurch fest, daß diese Worte weder dem Wortlaut noch dem Sinn nach von mir gebraucht wurden. Diese Verfälschung ist unwahr.“ Hans Pawlowitsch.

Wir stellen zunächst fest, daß diese Zuschrift keine preßgeschichtliche Erwiderung darstellt, bringen sie natürlich dennoch zum Abdruck, weil wir keineswegs an einer eventuellen unrichtigen Darstellung der Ausführungen interessiert sind. Zweckmäßiger und proletarischer wäre es gewesen, wenn Pawlowitsch die Gelegenheit benutzt hätte, seine richtig wiedergegebene Aussage zu den in der Arbeitersprechzeitung angeschnittenen Problemen mitzuteilen. Dann wäre nicht nur Pawlowitsch, sondern auch der Informator unserer Leser besser gedient worden. D. Red.

Bor „Weihnachten“

so eine Metallfigur mit Altentasche am Pirnaischen Platz über einen „Bagabunden“ — urteilen... Es wird Weihnachten.

Ein Mann wurde überfahren! Tot! Er war Invalid, gehörte zu der Klasse von Menschen, von denen der Staat nach 60 mühs- und arbeitsreichen Lebensjahren verlangt — zu vegetieren. Erhöhung der Hungerrenten? Ja wohl! Das Reich bewilligt eine Erhöhung und die Fürsorgeumstüder ziehen den Beitrag von der Sozialrente wieder ab. Die Wirkung dieser Methode? Ist verblüffend, auf die Leiter der bürgerlichen Presse und auf die Invaliden selbst. Der Hungerindex darf nicht überschritten — auch dann nicht, wenn sich die Invaliden im „einen Strick für 25 Pfennig kaufen...“

Auf der Annenstraße stritten sich zwei Urtreiber eines Verkehrsunfalls. Sie hätten, der Alte hätte beim Überqueren der Straße aufpassen müssen. Ein junger Mensch in den Rängen hätte er sich vorher richtig richten müssen. Ein junger, aber gutgeschlechter Herr mit „eleganter Magenfrage, Rohling“ usw. und Preise für Blattgänse sind etwas gestiegen Weihnachten...“

„Voll!“ schreit ein Plakat von der Seite. 20 Exemplare „Wie ich deutsch“ Vorkämpfer für Bauernsiedlung im Groß-Stück „Voll!“ statt 60 Mark nur 15 Mark. Hallobst der Nationalsozialisten lange Lager, hervorgerufen durch die etwas fleißig geworden zu sein. Höchste Lust unter „Verlust“. „Deutschsiedende Herren Fabrikanten bestellen diese Wer unter ihren Arbeitern im Betrieb.“ Ich schenke — für Weihnachten!“

Vor einem Kaufhaus der inneren Weihnachtsmann als Reklamefigur. Hier zu all den Herrlichkeiten, die von den Kindern gewünscht werden. Er trägt dazu Kleider. Den Kindern, die an der Eltern herbeikommen, lächelt er zu, die schlechtgeschleideten Gestalten der Jungen traurig zeigt er ab und zu — die Rute...

Unweit davon sieht wachsam, mit einer energischen und „verschiedenen“ Gesicht ein

Der „Weihnachtsmann des deutschen Kindes“ muss der Glaube an den Erwachsenen solide Kinder sind und der Sipo soll des „Festes der Freude“ neben seiner magischen Gummifüßel an den Christbaum hüpfen.

20. Dec. 1927
Nr. 2931

Versammlungskolonne

Kommunistische Jugendverbund

Dienstag den 20. Dezember:
Groß-Dresden. Funktionärsversammlung fällt aus. Nächster Termin kommt noch.

Notar Frontkämpferbund

Mittwoch den 21. Dezember:
Abteilung 5. Funktionärsversammlung bei Kamerad Ritschel.
Tombourzug Groß-Dresden. 19.30 Uhr Übungskunde im Bürgergarten.

Notar Frauen- und Mädchenbund

Dienstag, den 20. Dezember
Radeberg. 19.30 Uhr in der Parade, Langestraße. Mitgliederversammlung. Alle Genossinnen und Zeitungsleiter sind hiermit eingeladen.

Bereinsnachrichten

Touristverein "Die Naturfreunde". Ortsgruppe Dresden. Der Mitgliedschaft die traurige Nachricht, daß unser Genosse Erich Schubert am 16.12.27. verstorben ist. Genosse Erich Schubert war der Gründer unserer Jugendabteilung, zuletzt der Leiter des Jugendherbergs Ostern. Sein Wählen und Streben galt jederzeit unserer Zielle und unserer Bewegung. Danach ihm unteren Tauf. Die Einäscherung findet am 20.12. 14.45 Uhr im Krematorium zu Tolkewitz statt. Um zahlreiches Weit wird gebeten.

Die Gruppenleitung.

TB "Die Naturfreunde", Ortsgruppe Pirna. Freitag, den 23. Dezember: E.-S. und U.-A. Sitzung um 19 Uhr im Volkshaus. — 25. u. 26. Dezember: Skitouren ins Gebirge. — 31. Dezember: Silvesterfeier im Königsteiner Heim.

2. Begleit-Turnauswahl, Gruppenmeisterschaft. 27. Dezember 19 Uhr im Volkshaus wichtige Sitzung. Keiner darf fehlen, sonst Vertreter schicken.

Freies Turn- und Sportverein Dresden 1885 (E. V.). Mittwoch den 21. Dezember im Restaurant zur Kette, 20 Uhr, außerordentliche Verwaltungssitzung. Wichtige Tagesordnung.

Welteliter-Stadio-Kund, Dresden. In der Woche vom 19. bis 24. Dezember fallen alle Veranstaltungen des Kunden aus. Das Fahrteltern ist täglich geöffnet ab 17 Uhr. Rat und Lustspiel wird gern an Lebemann erlaubt.

Arbeiter-Samariter-Kolonne Zittau. Ihre diesjährige Hauptversammlung hält die TSE-Kolonne Zittau am Sonntag den 11. Dezember im Gewerkschaftshaus Schwarzer Adler ab. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorstandes ist zu entnehmen,

dass sich die Mitgliederbewegung durch die Abschaffung eines Rufes am Anfang des Jahres in aufgängiger Linie bewegt hat. Werner, das durch übermalige Unterstützung seitens der Stadt Zittau und der angrenzenden Landgemeinden und Kreisräten sowie die Wiederherstellung wiederaufgebaut werden konnten. Der Bericht des Technikers erbrachte 2063 Unsätze, davon 343 öffentliche und 2220 Betriebsunfälle. Transporte wurden 88 durchgeführt, dem Arzte überwiesen 156. Wochen 184 gekellt. Die Mitgliederzahl beträgt 60 männliche und 8 weibliche. Sie verteilt sich auf 18 Wohntore und die Stadt Zittau mit 29 Mitgliedern. — Die Wahlen erbrachten insofern eine Aenderung, als der Vorsitzende Genosse Stürmer durch nichts zu bewegen war, sein Amt wieder anzunehmen, so doch an seine Stelle Genosse Israel, Römische Straße 11, als Vorsitzender trat. Es wählt sei noch, daß die Kolonne im kommenden Jahre die Errichtung der Landesanstalt Großhennersdorf plant.

Der "Amateur" Dr. Pelzer als flagender Gläubiger

Die "Sport-Chronik" (Hamburg) schreibt in ihrer Nr. 47 vom 22. November:

"...In Hannover freist unter anderen auch der Abstinenzsportverein" sein lärmliches Dasein, wobei sich das "lärmlich" nur auf die finanziellen Seiten zu beziehen hat. ... Daß die Verantwortler eines solchen Vortrages kein ein gewisses Gefühl übernehmen, ist wohl jedem klar, zumal der Amateur Pelzer beiseite nicht billig zu haben ist und ebenso wenig wie jeder andere allein von Idealismus lebt ..."

Der von den Abstinenzlern angelobtigte Vortrag hätte sicher das Interesse einer größeren Sportgemeinde gehabt, wenn sich Pelzer nicht vorher in den Dienst des Rundfunks, aber — wenn man will — der Rundfunk in den Dienst Pelzers gestellt haben würde. Pelzer hält nämlich denselben Vortrag, zu dem er sich bei dem kleinen hannoverschen Sportverein verpflichtet hatte, einige Tage vorher im Radio. Und man überträgt ihn auch nach Hannover. Unter diesen Umständen war natürlich der spätere Vortrag Pelzers wenn auch nicht direkt verloren, so doch aber in seinem Werke beträchtlich herabgesetzt. Niemand wird den Hannoveranern verargen, daß sie auf den Vortrag Pelzers verzichten und ihn (den Vortrag) abschießen ..."

Der Widersacher Sohnen Pelzer war aber anderer Meinung. Jündigt war ihm einmal der entgangene Verdienst die Hauptroute. Ob 300 RM für einen Vortrag eines Amateurs eine angemessene Honorierung ist oder nicht, soll hier nicht entschieden werden. Jedenfalls scheute Pelzer nicht den Weg zu den ordentlichen Gerichten und verklagte den Abstinenz-Sportverein auf Zahlung von drei hundert Reichsmark Schadenertrag. Und der Verein mußte bleichen! Ibid.

Kunstfest

Dienstag den 20. Dezember:
16.30—18 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Kinderkunstgruppe.
18.00—18.30 Uhr: Frauenfunk.
19—19.30 Uhr: Vortragreihe: "Familienforschung," 2. Section.
Dessau-Spohn-Leipzig: "Einführung in die Familiengeschichtsforschung."
19.30 Uhr: Weitervergabe, Schneebälle und Zeitangabe.
19.30 Uhr: Übertragung aus der Staatsoper Dresden. 21. Eröffnung aus dem Saal.
22 Uhr: Pressebericht und Sportfunk.
22.15 Uhr: Tanzlehrkurs: Blues.
23.30—24 Uhr: Unterhaltungs- und Tanzmusik.

Zamtliche Bekanntmachungen

Freital

Städtische Gewerbeschule zu Freital
Anmeldungen zum Eintritt für 1. April 1928
werden bis 24. Februar in der Direktion der Gewerbeschule
entgegenommen.

Der Eintritt kann erfolgen:
in die Tages-Abeitung (wöchentlich 32 bis 38 Stunden
Unterricht) — Schüler, die erst Ostern 1928 in die praktische
Lehre treten —
in die Lehrlings-Abeitung (wöchentlich 2 bis 4
Stunden Unterricht) — Schüler, die Ostern 1928 die prak-
tische Lehre beginnen —
in die Vorbereitungs-Abeitung (wöchentlich 2 bis 4
Stunden Unterricht) — Schüler der 1. Volksschulklasse —
Baulehrlinge (Zimmerer, Maurer, Dachdecker) und Maler-
lehrlinge, die während des Sommerhalbjahres 1928 beurlaubt
werden, müssen sich ebenfalls bis 24. Februar anmelden.

Der Direktor der Gewerbeschule.

Brand-Erbisdorf

Das Rodeln und Fahren mit Kinderschlitten, das sogenannte Schlindern und Schlittschuhlaufen auf Straßen und Fußwegen ist nicht gestattet.

Für Kinder unter 14 Jahren, die diesen Bestimmungen zu widerhandeln, sind die Eltern oder Erzieher verantwortlich. Zu widerhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit Geld oder Haft bestraft.

Brand-Erbisdorf, am 17. Dezember 1927.

Der Stadtrat.

Dresden

Für den Winterbedarf empfehlen wir:

Rheinweine u. Moselweine

garantiert naturrein
1924er Lorcher, Fl. RM 1.80
1924er Wehlener, Fl. RM 1.95
Spanischer Rotwein
1924er, Domine de la Pedreira, Fl.RM 2.10
Außer sonstigen

Spirituosen aller Art

Wohlfell, Arrak- und Rumverschnitt
45% und 60% Vol.
5 Liter in Korblaschen oder abgefüllt.

Rotwein-Punschesenz

erstklassig, 60% Vol. per Liter RM 5.90

Dr. Johs. Haas & Co.

Dresden-A., Jüdenhof 3

Bäckerei Padelt

Schandauer Str. 79 / empfiehlt
frische Bäckwaren
Kaffee

1 Fahrrad und

1 Kinderwagen

preiswert zu verkaufen

E. FRANZE

Fröbelstraße 49 Erdg.

Oberlausitz

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

empfiehlt

Herm. Lucke, Seiffenheuersdorf

Ich erwarte Sie!

Das Geld ist knapp,
Die Zeit ist da,
Wo jeder neue Kleidung braucht.

Kommen Sie zu

Carl Horn Nach.

Zittau

Innere Oybauer Straße 5, 1. Etg.

Das älteste und führende Kreditgeschäft

Sie finden alles was Sie brauchen an

Waren Möbeln Konfektion

In guten Qualitäten u. sehr preiswert.

Die An- und Abzahlungen sind sehr gering!

Kunden, die Ihr Konto beglichen haben, brauchen keine Anzahlung

Jeder erhält Kredit!

Passende Weihnachtsgeschenke

Standuhren

in großer Auswahl v. 100 M.

an finden Sie bei

S. Hermann

Uhrmacher

Dresden-N., Görlitzer Str. 30

Zahlungserleichterung!

Zucker

bei 1 Pfd. 0.33, bei 10 Pfd. 0.30,
im 2-Zentner-Sack 0.29

Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik Richard Seibmann,

Grenadierstraße, Ecke Dammweg

zu Teilzahlung

Theodor Bander, Cotta, Cossebauder Straße 34

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

modernen, leichteren, kleinen
Sack im Ton, mit Platten
35 M. zu verk. Dresden-N.,
Oppeltstr. 19 I.

mod

Erstattung von Lohnsteuern

Neue Bestimmungen

Der Reichsminister der Finanzen hat neue Richtlinien für die Erstattung der Lohnsteuer aufgelegt, die soeben herausgegeben sind. Das Wichtigste aus ihnen mag im folgenden behandelt sein.

Eine Erstattung kommt nur in Frage, soweit überhaupt Lohnsteuer einbehalten wurde, weiter, sofern die steuerfreien Beträge und die Familienermäßigung infolge Verdienstausfalls beim Steuerabzug nicht berücksichtigt worden sind, weshalb auch bei solchen Arbeitnehmern, wo die steuerfreien Beträge und die Familienermäßigungen bei späteren Lohnzahlungen berücksichtigt sind, hier ausfallen. Ist der steuerfreie Betrag auf Antrag erhöht worden, so kommen für die Frage der Erstattung nur die gesetzlichen Beträge in Frage, die höheren Abzüge scheiden sofern aus. Worauf der Verdienstausfall zurückzuführen ist, ist an sich gleichgültig; es kommen in Frage neben Arbeitslosigkeit wegen Krankheit, Streik, Ausperrung, Saisonarbeit, Entlassung, freiwillige Arbeitsaufgabe usw. Die Erstattung erfolgt nur auf volle Wochen des Verdienstausfalls, bei mehrmaligem Verdienstausfall von kürzerer Dauer als 1 Woche sind 6 volle Wochen zu je 8 Stunden einer vollen Woche gleichzusehen (Sonntage werden nicht mitgerechnet).

Die Erstattungen wegen Verdienstausfalls erfolgen grundsätzlich nach Pauschalbeträgen. Die Sätze sind, ohne Rücksicht darauf, wann der Verdienstausfall eingetreten ist, für jede volle Woche des Verdienstausfalls bei:

ledigen Arbeitnehmern	240 Mark
verheiratet ohne Kinder	265 Mark
verheiratet mit einem Kind	290 Mark
verheiratet mit zwei Kindern	325 Mark
verheiratet mit drei Kindern	430 Mark
verheiratet mit vier Kindern	575 Mark

um bis zu einem verheirateten Arbeitnehmer mit 8 Kindern von 13,45 Mark.

Es darf aber in keinem Fall mehr erstattet werden, als tatsächlich an Lohn einbehalten worden ist.

Für Kurzarbeiter, Heimarbeiter und Auktionsarbeiter gilt folgendes:

Bei Kurzarbeitern, die im Wochenlohn stehen, aber in einem Betriebe tätig sind, in dem wegen Betriebseinschränkung zum Beispiel nur drei Tage in der Woche gearbeitet wird, sind beim Steuerabzug die Wochenbeträge des steuerfreien Lohnbetrages und der Familienermäßigung und nicht etwa nur drei Tagesermäßigungen zu berücksichtigen. Ebenso sind einem Arbeitnehmer, der im Wochenlohn steht, und zwar täglich, aber wegen Betriebseinschränkung nur 4 Stunden am Tage arbeitet, die vollen Wochenbeträge, und nicht etwa nur die Stundenträger zu gutzubringen. Daher müssen Kurzarbeiter keinen Erstattungsanspruch geltend machen, wenn der während der Zeit der Kurzarbeit geschätzte Arbeitslohn so hoch gewesen ist, daß die steuerfreien Beträge in voller Höhe berücksichtigt worden sind. War der Verdienst geringer, sind also die steuerfreien Beträge nur zum Teil (nämlich in der Höhe des Verdienstes) berücksichtigt worden, so könnte nur ein entsprechender Teil der Pauschalbeträge erstattet werden. Da sich aber hier bei Pauschaleinschränkung erhebliche Schwierigkeiten ergeben würden, so soll, ebenso wie bei Heimarbeitern und Auktionsarbeitern an die Stelle der Pauschalberechnung die individuelle Berechnung treten.

Auf Antrag sind auch Steuerbeträge bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse im Sinne der allgemeinen Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes zu erstatten. Besonders soll auch geprüft werden, ob die besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse (Verhuldung, Krankheit, Unfall, Aufwendungen für Erziehung der Kinder, Unterhalt mittellosiger Angehöriger usw.) nicht bereits in anderer Weise ganz oder zum Teil ausgeglichen sind, wie durch Versicherungen, Unterstützungen, Rostandsbeihilfen usw.

Solchen mit einer Erwerbsbeschränkung von mindestens 25 Prozent sind bei Verdienstausfall um den Prozentsatz der Erwerbsbeschränkung erhöhte Pauschalbeträge zu gewähren, und zwar auch dann, wenn ein Antrag auf Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrages nicht gestellt worden war, im Erstattungsanspruch aber die Beschädigung geltend gemacht wird. Ferner ist den Kriegs- und Vollbeschädigten, bei denen ein Verdienstausfall nicht vorliegen hat, und die einen Antrag auf Erhöhung der steuerfreien Lohnbeträge mit Rücksicht auf die Beschädigung nicht gestellt hatten, der Unter-

schied zwischen der einbehaltenden Steuer und der Steuer zu erläutern, wie man ergibt, wenn die Steuer unter Berücksichtigung der erhöhten Freibeträge berechnet wird. Dies gilt auch dann, wenn ein höherer Grad der Erwerbsbeschränkung rückwirkend anerkannt wird. Und zwar hier für die ganze Zeit der Rückwirkung, soebenfalls also bis zum 1. Januar 1927.

Auch wenn ein Verdienstausfall nicht vorliegt, sind auf Grund des Paragraph 108 des Einkommensteuergesetzes Arbeitnehmer, die nicht veranlagt sind, und deren Arbeitslohnsteuer die im Gesetz bezeichneten steuerfreien Beträge und Familienermäßigung nicht übersteigen hat, die vom Arbeitslohn einbehaltene Steuerbeträge zu erstatten. Dieser Fall ist immer dann gegeben, wenn der Arbeitslohn in einem Teil des Jahres die steuerfreien Beträge und die Familienermäßigung überschritten hat und dagegen Steuerbeträge eingehalten sind, während in dem anderen Teil des Jahres der Arbeitslohn hinter diesen Beträgen zurückgeblieben ist und deshalb ein Steuerabzug infolge nicht vorzunehmen war, der Jahresarbeitslohn aber nicht die steuerfreien Beträge und die Familienermäßigung übersteigen hat. Das wird auch bei Heimarbeitern in Frage kommen, soweit sie nicht sonst schon vom Steuerabzug freigestellt sind.

In diesen Fällen sind auch ohne Vorliegen eines Verdienstausfalls die einbehaltenden Steuerbeträge zu erstatten, wenn der Arbeitslohn im Kalenderjahr 1927 die folgenden Beträge nicht überschritten hat. Bei einem

ledigen Arbeitnehmer	1200 Mark
verheiratet ohne Kinder	1320 Mark
verheiratet mit einem Kind	1440 Mark
verheiratet mit zwei Kindern	1680 Mark
verheiratet mit drei Kindern	2160 Mark
verheiratet mit vier Kindern	2880 Mark
verheiratet mit fünf Kindern	3840 Mark usw.

Die Anträge auf Erstattung der Lohnsteuer müssen bis spätestens zum 31. März 1928 beim zuständigen Finanzamt eingegangen sein. Zuständig ist das Finanzamt, in dem der Arbeitnehmer am 31. Dezember 1927 seinen Wohnsitz bzw. seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat.

Dem Antrage sind die Steuerarten beizufügen (ohne Vorlage dieser keine Erstattung). Der Nachweis über die Höhe des Arbeitslohnes und der davon einbehalteten Beträge und über die Dauer des Verdienstausfalls kann durch eine Bescheinigung des Arbeitgebers geführt werden. (Die Bescheinigung kann auch auf der Rückseite der Steuerkarte vom Arbeitgeber gemacht werden, sonst sind Formulare vorgesehen). Der Verdienstausfall kann durch Bescheinigung von Krankenkassen, durch die Erwerbslosenkontrollkarte usw. sonst auch erbracht werden.

Rechtsmittel

Gegen den Bescheid des Finanzamtes ist das Berufungsverfahren gegeben.

Besonders hervorgehoben wird noch, daß der Erstattungsanspruch nicht dadurch ausgeschlossen wird, daß der Arbeitgeber den einbehaltenden Steuerbetrag nicht vorschriftsmäßig abgeführt oder verwendet hat.

Bezirksversammlung der Bauarbeiter von Dresden-Neustadt

(Arbeiterkorrespondenz)

In der letzten Bezirksversammlung der Bauarbeiter referierte Kollege Liebel vom ADGB-Ortsausschuß über das neue Erwerbslosenversicherungsgesetz. Liebel bezogt sich das Gesetz als einen Fortschritt (!) für die Arbeiter. Er mußte aber in gleicher Atemzuge zugeben, daß die neue Verordnung des Präsidenten der Reichsversicherungsanstalt, Dr. Syrup, die Wartzeit für Bauarbeiter von 14 Tagen auf 3 Wochen erhöht. Liebel nahm mit seinem Wort darauf Bezug, wie nun der Kampf gegen dieses Gelek und seine Auswirkungen, die nun die Bauarbeiter zu spüren bekommen, geführt werde muß. Er hofft auf die Einsicht der Regierungskräfte und die Neuwahlen zum Reichstag.

In der Diskussion traten einige Kollegen dem Referenten hart entgegen und sagten ihm, daß die SPD und Gewerkschaftsführer für dieses Gesetz verantwortlich sind. Ein weiterer Kollege griff die Frage des Zwischenlohnartes auf und kennzeichnete das Verhalten der Reformisten, die jedem Kampfe ausweichen und ehrlichen Arbeitern mit dem Auschluss aus dem Verband drohen.

Wuchs in dessen Händen. Die lange Trennung von Harvey war ihm äußerst schwer gefallen; er freute sich wie ein Kind auf das Wiedersehen.

Als dann endlich das Tuten des Automobils vernahmbar wurde, empfand er plötzlich Herzschlägen und eilte hastig dem hochgewachsenen, blonden jungen Mann entgegen, der rasch aus dem Gefürt sprang und den Vater herzlich umarmte.

Harvey Word hatte viel zu erzählen; die beiden saßen den ganzen Abend plaudernd beieinander. Nur einmal, während des Dinners, wurde Henry Word ans Telefon gerufen, kam dann mit heiterem Gesicht zurück.

Ein einziger Schatten leichter Traurigkeit fiel für einen Augenblick zwischen die beiden, da Harvey Word von dem ermordeten John Rawley sprach, der sein bester Freund gewesen war.

„Die Nachricht war für mich ein schrecklicher Schlag,“ sagte Harvey. „Ich hatte viel von Rawley erwartet, kannte seine Fähigkeiten und seinen prächtigen Charakter so gut.“

„Anscheinend hat wirklich der Neger Tower den Mord begangen.“

„Das glaube ich nicht, Vater,“ rief Harvey eifrig. „Ich kenne Tower, weiß, daß er einer solchen Tat nicht fähig ist.“

Henry Word zuckte die Achseln und meinte mit leicht spöttischem Lächeln:

„Wagst du, nach zweijährigem psychoanalytischen Studien, zu behaupten, es gäbe irgend etwas, dessen Menschen im gegebenen Augenblick nicht fähig wären?“

„Doch. Ich weiß zum Beispiel ganz genau, daß du, Vater, niemals eine niedrige Tat begehen könnest.“

„Was nennst du eine niedrige Tat?“ fragte der Fabrikant falt.

„Eine Tat, die man gegen seine bessere Überzeugung geht.“

Henry Words etwas düsteres Gesicht erhellt sich.

„Du hast recht, Harvey, ich würde niemals wider meine Überzeugung handeln.“

Schwere Gewitterwolken hingen über Newport. Von Zeit zu Zeit dröhnte dumpfer Donnerrollen auf, und laute Blitze zuckten durch den rasch herabstürzenden Abend.

Das schwere Tor des Untersuchungsgefängnisses öffnete sich; von zwei Polizisten geleitet trat Ben Tower heraus.

Einen Augenblick lang verharrte er auf der obersten Stufe der breiten Steintrappe, log stierig die Fäuste ein, blieb schließlich

Öffentlich oder Geselligkeitsverein?

(Arbeiterkorrespondenz)

Am 10. Dezember tagte in Säuberlich's Gasthof zu Bautzen eine Betriebsärzte- und Funktionärsversammlung der hiesigen Betriebsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes. Herr Steldt gab nach Eröffnung der Versammlung der Referentin, Frau Goldberg, Löbau, das Wort zur Berichterstattung über eine in Chemnitz stattgefundenen Arbeiterversammlung. Danach umfaßten die lässlichen Textilarbeiterinnen 11 Prozent der gesamten Arbeitnehmerinnen in Deutschland. Es wurde angeregt, daß die Arbeitnehmerinnen, zum Beispiel Groß und Kleinwohberinnen, in zwei Gruppen zu entlohen seien, und zwar wurde für Kleinwohberinnen höhere Entlohnung gefordert. (Zweifellos ein Akt der Solidarität, denn die Großwohberinnen müssen genau so lehnen wie die anderen!) Weiter sollte der Schwangeren- und Jugendlichen mehr als bisher ausgebaut werden. Wertvolle Fingerzeige seien in Chemnitz gegeben worden, wie man das Interesse der Kolleginnen zu Verband, Versammlungen usw. wecken könnte. Nachdem man in der Aussprache verschiedene Uebelstände gerügt und einige Mittelungen entgegengenommen hatte, wurde der zweite Punkt der Tagesordnung einfach abgelehnt und somit der erste Teil des Abends geschlossen.

Nunmehr trat man in den zweiten Teil ein. Ein Herr Görly als Mandolinenspieler und sein Freund Gahan als Zithervirtuoso hatten es übernommen, für die Unterhaltung zu sorgen. Die Kritik über die gebotenen Solovorträge ersparten wir uns. Um so mehr interessiert uns das Verhalten der „Arbeitervertreter“. Die Solovorträge waren zweifellos wichtiger, als der zweite Punkt der Tagesordnung. Der kommt ja immer noch zurück. Dieser Meinung scheint Herr Steldt zu sein. Unverantwortlich ist auch das Verhalten der Funktionäre, einschließlich eines Punkts verlagen zu lassen. Mit Spreetalwanderungen und Unterhaltungsabenden will man wohl das Interesse der Arbeiterschaft für den Verband wachrufen. Ob dieser Fingerzeig in Chemnitz gegeben worden ist, konnte nicht festgestellt werden.

Jedenfalls sind die Methoden, wie sie von der Zahlstelle Bautzen des DTV angewendet werden, vollständig ungeeignet, das Vertrauen der Arbeiterschaft zum Verband zu heben. Die Arbeiterschaft interessiert sich weniger für Spreetalwanderungen und Solovorträge als vielmehr für höhere Löhne und menschenwürdigere Behandlung in den Betrieben. Darüber ist gerade im Bautzener Bezirk genug gelaufen. Die Arbeiterschaft sollte bei den kommenden Betriebsräten und Ortsverwaltungswahlen dafür sorgen, daß die Ortsverwaltung so zusammengelegt wird, daß ein anderer Geist die Organisation beherrscht.

Die Gebnitzer Lampenfabrik

(Arbeiterkorrespondenz)

Wer kennt in Sachsen nicht diesen Betrieb? Der Inhaber ist der Schuhhersteller Schwager, der sich mit seinem reaktionären Gebaren im Stadtparlament bei der Arbeiterschaft besonders „holt“ gemacht hat. Seine Arbeiter tragen den Firmenstein mit ihren ausgeworfenen Körpern und schlechter Kleidung offen zur Schau. Die „fürstliche“ Bezahlung zwingt sie zu einem wahren Hungerdasein.

Ein Fall aus jüngster Zeit beleuchtet die Zustände in diesem Musterbetrieb. Eine junge Mutter verlor durch Unglücksfälle lächerliche Finger des linken Hand. Wer aber nun glaubte, daß Herr Schwager loyale soziale Mitgesfühl haben würde, um ein solch bedauernswertes Opfer kapitalistischer Profitirtschaft zu mindestens wieder einzustellen und in einer Arbeit zu befähigen, wo sie auch noch als Krüppel ihren Lohn verdienen könnte, der irrt sich. Erst nach Auflösung von Klagen bequemte sich Herr Schwager dazu, die Verunglückte wieder einzustellen. Jetzt aber verlangt man nun von der Person mit einer Hand eine Arbeitsleistung, die selbst einen Gefunden nicht den Lohn verdienen läßt, um ein einigermaßen anständiges Auskommen zu haben. Die Behandlung der Unglücksfälle ist auch seitens des Prokuristen so, daß es höchste Zeit ist, daß der Betriebsrat sich ganz ernsthaft einmal gegen diesen Standort wenden sollte. Dabei wäre besonders die Tätigkeit und das Verhalten des Prokuristen der Unglückslichen gegenüber gründlich unter die Lupe zu nehmen.

Berantwortlich für den Dresdner und Ostsachsenanteil: Bruno Goldammer, Dresden; für den gesamten übrigen Inhalt: Rudolf Renner, Dresden — Druck: „Neunag“, Druckerei-filiale Dresden.

Sein Gesicht war eingefallen, die Augen glühten fiebrig, er schritt langsam, müde dahin, wie ein alter Mann. Doch hatte nicht die Haft seine Kraft gebrochen, sondern der schauerliche Verdacht, der auf ihm lastete. Es deuchte ihn unheimlich, jemand könne von ihm glauben, daß er seinen besten Freund, den Mann, der ihm Führer und Ideal gewesen, ermordet habe.

„Wäre ich ein Weiber,“ dachte er bitter in den endlosen Stunden der Gefangenschaft, „unzählige, die mein Leben kennen, hätten sich erhoben und für mich gezeugt. Aber so — es genügt ja, eine schwarze Haushälterin zu haben, damit einem Menschen jedes Verbrechen zugestellt werde.“

Da er zwischen den Polizisten die Treppe hinabstieg, fielen die ersten schweren Regentropfen nieder. Ben Tower schwand, als er in den Polizeikarten stieg.

Der Karren setzte sich in Bewegung, fuhr zuerst durch bebölkte Straßen, bog dann in eine schmale, lange, dunkle Gasse ein.

Das gleichmäßige Rütteln machte Tower schlafig, er dehnte sich in die Ecke zurück, döste ein.

Wilder Lärm schreckte ihn aus dem Schlaf. Der Karren war, aufgehoben von einer unübersehbaren Menschenmenge, stehen geblieben. Wütendes Geschrei schlug gleich Meeressog gegen das vergitterte Fenster.

„Gehst ihn heraus, den Hund!“

„Schlägt ihn tot!“

„Wo ist der Mörder?“

„Hier mit dem Gottverfluchten Schwarzen!“

Schreie Pfiffe gellten auf, der Karren schwankte. Immer lauter wurde das Schreien und Brüllen.

Ein riesenharter Meißner riss den Küsschen vom Boden; zwei Männer hielten die zitternden Pferde.

Einer der Polizisten stürzte zur Türe des Karrrens, öffnete sie, stieß auf den Boden zu gelangen, die Zügel zu erfassen.

Immer näher wogte die Menschenmenge, immer drohender lagen die Stimmen; kleine beschränkte Geister waren aufgewacht zu wilder Leidenschaft, Schmähigte, niedrigste Triebe, Mordlust, feierten Orgien.

Ben Tower verhartete regungslos in die Ecke gepreßt.

Zwischen ihm und dem furchtbaren Tod stand nur ein einziger Mensch, der rothaarige irische Polizist, den Revolver in der Hand.

Die schwere Gestalt erfüllte den Türrahmen. Ein Blick zuckte nieder, wußt über alles einen großen Schein. Tower sah,

An den Ufern des Hudson

Roman von H. Desberry

(11. Fortsetzung)

Behauptete, es bestehe kein Zwe

Günstige Einkaufsquellen für Arbeiter, Angestellte und Beamte in Ost Sachsen

RICHARD NOACK

Braustraße 6

Zigarren, Zigaretten, Tabakwaren
Radehaus
Gartenstraße 9
29207

Uhren, Fräuringe, Goldwaren
Rich. Fischer, Karlstraße 6
29208

Rich. Hoffmann, Breite Straße 17
Niederleite Strittet aller Art
29208

Zigarrenhandlung
Emil Kühler
Breite Straße 8
29204

Konrad Lauschke

Glas, Porzellan, Steingut
Breite Straße 1
29207

Uhren und Goldwaren
D. Egner, Breite Straße 10
29207

"Grundschänke"
empfiehlt sich für Familienverkehr
und Versammlungen
Bruno Meyer Copitz-Posta
29208

Gießerei und Gastwirtschaft
R. Lehmann, "Zum grünen Apfel"
29208

Brot- und Feinbäckerei
O. Freudenberg, Grundstraße 7
29200

MILCH / BUTTER
MOLKEREI BERCHTIG, Hauptstraße 9
29207

Traug. Förster
Pirna, Posta und Mockethal
empfiehlt preiswert
Drogen, Farben, Dachpappen, Teer
Kolonial- u. Tabakwaren, Spirituosen
29204

Schuhhaus Alfred Röbler
Schandauer Straße 8
29200

MARTA ROSNER, Schandauer Str. 17
Spezialitäts-Ausschank und Delikatessen
29208

ALOIS DUCKE, Rosenstraße 12
Radio-Vertrieb
29205

Roßschlächterei Arthur Pletsch
Gasthof zur Weinleite Rossatz, 13/28
29203

FRITZ BOER
Brot- und Weißbäckerei, Hertigswalder Mühle
29204

Friedrich Schade & Sohn
Am Markt Eisenwaren / Werkzeuge / Haus- u. Küchengeräte
29205

F. ZINKE (im Bahnhof) Baudenweg 1
Kolonialwaren, Delikatessen
29200

Joh. Schubert, Kirchstraße 8
Brot- und Schweinschlächterei
29207

HEIDENAU

Ratskeller Heidenau
Gutes und billiges Speisehaus am Platz
Kegelbahn / Albertstraße 15 / Schäßburg, Götzen
29208

Rats-Drogerie
Georg Rahlund, Bahnhofstraße 9
29217

Keine Fleisch- und Wurstwaren
Götz. Hause, Lützowstraße 60
29208

Eisenwaren
Haus- und Küchengeräte
R. Häke, Dresdenner Straße 18
29208

Königs-Drogerie
und Photohaus
Christoph Guckel, Königstraße 46
29214

DOHNA I Sa.

Koloniale, Grün- u. Fischwaren
Göttlich, Königstraße 16
29207

Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt
Otte Trebsich, Fleischermeister, Amtsstr. 3
29206

Schubert & Dietrich
Dresdenner Straße 1
Fleisch-, Wurst- u. H. Aufschnittwaren
zu billigen Tagespreisen
29206

Fertige Mäntel, Blasen und Kleider
Feine Herren- und Damenwäsche
Fr. Beyreuther, Königstraße 33, II.
29204

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei
Bruno Schäfer, Kleindamm 39
29203

Lebensmittel

Paul Ziegler, Kammerstraße 16
29214

Kolonialwaren und Feinkost

Arno Hahnewald

Kohlbergstraße 5

5 Prozent auf alle Waren
29215

Lade Lange & Lautjoh

Markt 20 Farben
29215

Lebensmittel

Hauswald, Am Markt 16
29211

Erich Schneider

Uhrmachermeister
Schuhgasse 16
29277

Fischwaren, Delikatessen, Südländische

Emil Zschaler

Jacobäerstraße 1
29461

Fleisch- und Wurstwaren

Rich. Moal

Zehntorstraße 16
29204

PIRNA

Haus- und Küchengeräte

Führendes Spezialgeschäft

Jährig & Domschke

Jacobäerstraße

Teilzahlung gestaltet

29405

Brot- u. Weißbäckerei

Alw. Dietrich

Schmiedestrasse 1 Ecke Burgstraße
29458

32 PAUL WEISS 32

Dohnaische Straße 32

Herren-, Damen- und Kinder-Bekleidung
29271

Seifenfabrik

Gebr. Melzer, Markt 12
29274

Musikinstrumente u. Noten

„Musik-Alippi“

Schloßstraße Ecke Markt
29459

Bäckerei u. Konditorei

Erhardt Bachmann

Reichsstraße 10
29405

PIRNA COPITZ

Fleisch- und Wurstwaren

KURT DICK, Hauptstraße 8
29048

KOLONIALWAREN

kauft bei Fritz Müller, Hauptstraße 12
29048

Schokoladen / Kaffee

H. Görner, Hauptstraße 7
29049

A. Mehlihorn, Lichtblidner

Hauptstraße 14
Mod. Bildnisse, Postkarten, Vergrößerungen
29049

Brot- und Feinbäckerei

J. Richter, Hauptstraße 23
29048

KOLONIALWAREN

R. Gutermuth Nachf., Leibniz Paul Voigt
29042

CAMILO KAHLÉ

Lange Straße 12, Brot- und Weißbäckerei
29276

AUGUST TAMMER, Lange Straße 16

Kinderwagen, Korbwaren, Spielwaren
29277

Curt Schennig, Lange Straße 42

Tagl. irische Milch, Kolonialwaren, Südländische
29278

Fritz Spillner, Lange Straße 20

Kinder- und Schweineschlächterei
29279

Edvard Thiel, Ingenieur

Lange Straße 10, Elektrische Anlagen,
Maschinen-Anlagen, Radio-Anlagen
29268

Arthur Rößig, Mühlgründchen 2

Spezial-Mühlgründchen
29280

Oust. Paulick, Hertigswalder Stra. 8

Fleisch - Wurstwaren
29200

Moderne Kleidungsstücke für Damen, Herren
u. Kinder haben Sie am besten und billigsten
bei B. LUBRANITZKI, Am Markt
29201

W. Richter, Friedhofstraße 2

Kinder- und Schreibwaren
29403

Emil Höhlein

Schönbach

Schuh- und Kolonialwaren
29404

Richard Hesse, Götinger Straße 47

Brot- und Weißbäckerei
29405

Vogtländische Musik-Zentrale

Karl Stadl, Promenade 24
29404

Karl Höhlein, Schillerstraße 9

Brot- und Wurstwaren
29407

Otto Kodner, Lange Straße 35

Bäckerei
29200

Arthur Ewert, Lange Straße 33

Faberdr., Nähmaschinen, Reparaturen und
Ersatzteile, Neugenie Teilezubring.
29273

Schuh- und Sportwaren, Reparaturanstalt

Hermann Ufer, Lange Straße 66
Alleverkauf für „Mercedes“
29272

LUGA-GOMMERN

Brot- und Weißbäckerei

OTTO MÜLLER, Industriestrasse 1
29041

NIEDERSEDLITZ LUGA

Kolonial-, Schnitt- u. Geschirrwaren

Ida Langford, Commerzstraße 5
Niederseidlitz-Luga
29062

BRAND ERBISDORF

Bäckerei, Konditorei, Kolonial- u. Haushalten
Marktare-Vollbart und Feuerholzbröt
Kurt Wagner, Gardestrasse 52
29223

Restaurant Waldfrüden zum Vereint Feld

Schles. Ausflugsort, Ibh., Kreis Cottbus
29222

Kolonial- und Ordnungswaren, Zigaretten,
Tabake.
A. Liebschner, Dorfstraße 7c
29245

Paul Grellmann

Grün- und Fischwarengeschäft
Hauptstraße 89
29244

Biergroßhandlung u. Fabrik alkoholf. Getränke

FRANZ TREXLER, Färberstraße 137
Empfohl. Bäre des Radiburger Exportbier-
Brauerei / Lebensmittel aller Art
29245

OSCAR CHRAMM

Weiß- und Feinbäckerei, Hauptstraße 99
29247

Krausens Mühle Ibh., Otto Wilhelm
29247 Jeden Sonntag Boller-Musik "Die
Baribelder Straße 64d
29246

Zigarrenhaus Hans Reubert

Branib.-Gebäude, Bahnstrasse 29
29245

Alma Neuber, Bahnho. str. 20

Weiß-, Woll- u. Manufakturwaren
Damenkonfektion
29245

Minna Müller, Dresdenner Straße 28
LEBENS MITTEL

29244

Otto Lohmann, Bäckerei und Handel

Dresdenner Straße 18
29245

Hainsberg b. Dresden

29245

Reinhold Kelling, Kolonialwaren und
Feinkost, Rabenauer Straße 15
29245

Schnitz-, Weiß- u. Wollwaren

Wilhelm Gottschalk, Dresdenner
Straße 147
29245

C